

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zl., vierteljährlich 14.66 zl. mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 4.89 zl., vierteljährlich 14.66 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig 8 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Beruf-Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 gr. — Für das Erreichen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postleistungskosten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 238

Bromberg, Dienstag den 17. Oktober 1933

57. Jahrg.

Deutschland verlässt Abrüstungskonferenz und Völkerbund Auflösung des Reichstags — Neuwahlen und Volksabstimmung am 12. November

Am Sonnabend, dem 14. Oktober 1933, hat die Deutsche Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten eine Entscheidung von historischer Tragweite vollzogen. Am Vormittag hielt das Präsidium der Abrüstungskonferenz eine Geheimsitzung ab, in deren Verlauf sich der englische Außenminister Simon im Verein mit dem französischen Außenminister Paul-Boncour und dem amerikanischen Delegierten Norman Davis erneut zu einer Sabotage des den Deutschen feierlich garantierten Abrüstungs- und Gleichberechtigungs-Versprechens bekannte. Die Antwort der Reichsregierung war noch am Sonnabend mittag die Rückberufung der deutschen Delegierten von der Abrüstungskonferenz. Sie haben Genf am Wochenende um 6 Uhr verlassen. Gleichzeitig hat das Deutsche Reich seinen Austritt aus dem Völkerbund angemeldet, derさzungsgemäß erst zwei Jahre nach dieser Kündigung erfolgen kann. Praktisch hat Deutschland seine Mitarbeit jedoch sofort eingestellt. An der Ratssitzung am Sonnabend hat das deutsche Mitglied nicht mehr teilgenommen.

Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen hat Reichspräsident von Hindenburg auf Antrag des Reichskanzlers Adolf Hitler mit sofortiger Wirkung den Deutschen Reichstag aufgelöst. Die auf den 12. November angesetzten Neuwahlen sollen zugleich mit einer Volksabstimmung der Welt den Beweis liefern, daß das deutsche Volk geschlossen die Friedenspolitik der Reichsregierung und ihre Entscheidung vom 14. Oktober billigt.

Auch die Länderparlamente wurden aufgelöst. Die Reichstatthalter sind angewiesen, in den Ländern vorläufig keine Neuwahlen auszuschreiben. Ein neues Gesetz bestimmt, daß die Reichstatthalter vom Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichskanzlers jederzeit abberufen werden können.

Reichskanzler Adolf Hitler und ebenso die Reichsregierung haben in je einem Aufruf an das deutsche Volk ihre Beschlüsse klar und eindeutig begründet. Am Sonnabend nachmittag um 7 Uhr hielt der Reichskanzler eine Rundfunk-Ansprache an das deutsche Volk und an die Welt, die von sämtlichen deutschen Sendern, von den meisten europäischen Sendegruppen, von allen nordamerikanischen, sowie von mehreren mittel- und südamerikanischen Sendern übertragen wurde. In der Nacht zum Sonntag wurden Übersetzungen dieser großen außenpolitischen Hitler-Rede in englischer, französischer, spanischer und portugiesischer Sprache in den Äther gesandt.

Die formal-rechtliche Stellung der deutschen Minderheit in Polen in ihrem Verhältnis zum Völkerbund wird von der Absage Deutschlands an Genf nicht berührt. Formell bleibt der Völkerbundrat auch jetzt der Garant der Minderheitenrechte, der er schon vor der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gewesen war. Wir haben bereits früher festgestellt, daß unsere Erfolge in Genf gerade jener Anfangszeit der Völkerbundarbeit angehören. Praktisch werden wir, eingedenkt des bisherigen Brauchs, daß unser Weg nach Genf stets über Warschau führt, immer wieder versuchen, durch ein gesetzliches Leben und, wo es nötig sein sollte, durch einen Appell an unsere eigene Regierung unsere Lebensrechte zu sichern.

Unsere Hoffnung auf eine internationale Gerechtigkeit entspricht der Enttäuschung, die den historischen Besluß der Deutschen Reichsregierung vom 14. Oktober 1933 zum Ereignis werden ließ. Dieser unterhört eindrucksvolle deutsche Protest gegen Heuchelei, Ungerechtigkeit und Unfrieden verpflichtet uns erneut zu dem Wort unseres größten Dichters: „Wir bekennen uns zu dem Geschlecht, das aus dem Dunkel ins Helle strebt!“ —

Adolf Hitlers Aufruf.

An das deutsche Volk!

Erfüllt von dem aufrichtigen Wunsche, das Werk des friedlichen inneren Wiederaufbaus unseres Volkes, seines politischen und wirtschaftlichen Lebens durchzuführen, haben sich ehemals deutsche Regierungen im Vertrauen auf die Zustimmung einer würdigen Gleichberechtigung bereit erklärt, in den Völkerbund einzutreten und an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

Deutschland wurde dabei bitter enttäuscht. Trotz unserer Bereitwilligkeit die schon vollzogene deutsche Abrüstung, wenn nötig jederzeit bis zur letzten Konsequenz fortzuführen, konnten sich andere Regierungen nicht zur Einlösung der von ihnen im Friedensvertrag unterschriebenen Sicherungen entschließen.

Durch die bewußte Verweigerung einer wirklichen moralischen und sachlichen Gleichberechtigung Deutschlands wurden das deutsche Volk und seine Regierungen immer wieder auf das schwerste gedemütigt.

Nachdem sich die Reichsregierung nach der am 11. Dezember 1932 ausdrücklich festgelegten deutschen Gleichberechtigung neuerdings bereit erklärt hatte, an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz wieder teilzunehmen, wurde nunmehr durch die offiziellen Vertreter der anderen Staaten in öffentlichen Reden und direkten Erklärungen an den Reichsaußenminister und unsere Delegierten mitgeteilt, daß dem derzeitigen Deutschland diese Gleichberechtigung nicht mehr zugebilligt werden könnte.

Da die Deutsche Reichsregierung in diesem Vorgehen eine ebenso ungerechte wie entwürdigende Diskriminierung des deutschen Volkes erlebt, sieht sie sich außerstande, unter solchen Umständen als rechtlose und zweitklassige Nation noch weiterhin an-

Verhandlungen teilzunehmen, die damit nur zu neuen Diktaten führen könnten.

Indem die Deutsche Reichsregierung daher ernst ihren unerschütterlichen Friedenswillen bestätigt, erklärt sie angesichts dieser demütigenden und entehrenden Zumutungen zu ihrem tiefsten Bedauern, die Abrüstungskonferenz verlassen zu müssen. Sie muß deshalb auch ihren Austritt aus dem Völkerbund anmelden.

Sie legt diese ihre Entscheidung, verbunden mit einem neuen Bekenntnis für eine Politik aufrichtiger Friedensliebe und Verständigungsbereitschaft dem deutschen Volk zur Stellungnahme vor und erwartet von ihm eine Bekundung gleicher Friedensliebe und Friedensbereitschaft, aber auch gleicher Ehrausfassung und gleicher Entschlossenheit.

Ich habe daher als Kanzler des Deutschen Reiches dem Herrn Reichspräsidenten vorgeschlagen, zum sichtbaren Ausdruck des einmütigen Willens von Regierung und Volk diese Politik der Reichsregierung der Nation zur Volksabstimmung vorzulegen, den Deutschen Reichstag aufzulösen, um dem deutschen Volke damit die Gelegenheit zu bieten, jene Abgeordneten zu wählen, die als beschworene Repräsentanten dieser Politik des Friedens und der Ehrausfassung dem Volke die Garantie einer unentwegten Vertretung seiner Interessen in diesem Sinne zu geben vermögen.

Als Kanzler des deutschen Volkes und Führer der nationalsozialistischen Bewegung bin ich überzeugt, daß die ganze Nation geschlossen wie ein Mann hinter ein Bekenntnis und einen Entschluß tritt, die ebenso sehr der Liebe zu unserem Volk und der Achtung vor seiner Ehre entspringen wie auch der Überzeugung, daß die für alle so notwendige endliche Weltbefriedigung nur erreicht werden kann, wenn die Begriffe Sieger und Besiegte abgelöst werden von der edleren Aussöhnung der gleichen Lebensrechte aller. Adolf Hitler.

Die Reichsregierung an das deutsche Volk.

Die Reichsregierung hat an das deutsche Volk folgenden Aufruf gerichtet:

Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Verantwortung und der Verständigung zu betreiben als Grundlage aller Entschlüsse und jeden Handelns.

Die Deutsche Regierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein unangemessenes Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der bestehenden Staatengemeinschaft ab.

Die Deutsche Regierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insoweit sich die anderen Völker zu gleichem entschließen.

Die Deutsche Regierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsch, mit den anderen Nationen einschließlich aller unserer früheren Gegner im Sinne der Überwindung der Kriegsphobie und zur entlichen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen lebenshaftlos auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen.

Die Deutsche Regierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluss kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Renaissance teilzunehmen.

Die Deutsche Regierung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Erkenntnis, daß die Zustimmung der Gleichberechtigung Deutschlands die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung für jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Besluß, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbunde auszusteigen, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorerthalten wird.

Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verfolgung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen, als künftig Verträge einzurichten, die für jeden Ehrenmann und für jedes ehrende Volk unannehmbar sein müssen, in ihren Folgen aber nur zu einer Verewigung der Not und des Elends des Versailler Vertragszustandes und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft führen würden.

Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgendeinem Rüstungswettlauf anderer Nationen teilzunehmen. Sie fordern nur jenes Maß an Sicherheit, das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt, diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Verträge sicherzustellen.

Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage: Billigt das deutsche Volk die ihm vorgelegte Politik seiner Reichsregierung und ist es bereit, diese als Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlich zu ihr zu bekennen?

Einheitsliste für die Reichstagswahlen.

Reichsinnenminister Dr. Frick hat noch am Sonnabend die für Reichstagswahl und Volksabstimmung erforderlichen ersten Anweisungen erteilt. Die für die letzte Reichstagswahl geltenden Bestimmungen bleiben erhalten. Für die Wahlen am 12. November sollen zwei Wahlzettel ausgegeben werden. Auf dem einen Zettel wird die Frage, die die Reichsregierung dem Volke unterbreitet, mit Ja oder Nein beantwortet werden. Auf dem anderen Zettel wird dann der neue Reichstag gewählt werden. Für den Reichstag soll — dem Vernehmen nach — nur eine Wahlzettel, und zwar eine Einheitsliste, aufgestellt werden.

Die Abrüstung sollte auf acht Jahre vertragt werden!

Letzte Genfer Aussprache vor dem Bruch.

Simons Bericht.

Die letzte Geheim-Sitzung des Bureaus der Abrüstungskonferenz hatte am Sonnabend, dem 14. Oktober, um 11.30 Uhr, in Anwesenheit des englischen und des französischen Außenministers begonnen. Als erster ergriff

der englische Außenminister Sir John Simon

das Wort zu einer Erklärung, in der es u. a. heißt:

Herr Henderson hat mich aufgefordert, über die Versprechungen zu berichten, an denen ich in den letzten Wochen in Genf und anderswo beteiligt gewesen bin und bei denen die Teilnehmer verlaut haben, vermittels eines freundlichen Meinungsaustausches festzustellen, welche Einigungsansichten in verschiedenen lebenswichtigen Angelegenheiten bestehen. Ich glaube, daß ich klar und offen sprechen muß; denn

die Zeit, in der man durch unbestimmte und optimistische Phrasen über Schwierigkeiten hinwegleiten könnte, ist vorbei.

Ein System der vereinbarten Abrüstung, das rasch in Gang gesetzt und loyal durchgeführt würde, wäre, wie ich glaube, für die Welt von größtem Wert; aber ich bin mir auch darüber klar, daß nichts gewonnen wird durch endlose Erörterungen, die nicht die wesentliche Angelegenheit, über die noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, ins Auge fassen.

Ich habe

folgenden Bericht

zu erstatten: Sowohl die Vertreter Englands beteiligt sind, haben wir zu verschiedenen Seiten an Zusammenkünften mit den Vertretern Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Amerikas, sowie an einer Unterredung mit den Vertretern einiger anderer Mächte teilgenommen.

Der Macdonald-Entwurf wird aufgegeben!

Diese Versprechungen haben mich zu der Auffassung gebracht, daß der Konventionsentwurf, den die Englische Regierung dem Hauptausschuß vor mehr als einem Jahr vorgelegt hat und der einstimmig als der allgemeine Rahmen der beabsichtigten Vereinbarung angenommen worden ist, in mancher Hinsicht umgearbeitet werden muß.

Der Konventionsentwurf in seiner gegenwärtigen Form soll sich auf den Zeitraum von fünf Jahren erstrecken. Die Erörterungen, über die ich hier berichte, weisen auf den bei einigen Mächten bestehenden Wunsch hin, daß der Zeitraum auf vielleicht acht Jahre verlängert werde und so weit ich mich erinnern kann, ist gegen diese Verlängerung keine ernste Einwendung erhoben werden.

Es wurde ferner vorgeschlagen, daß diese Gesamtperiode von acht Jahren durch die Verwirklichung eines zusammenhängenden Programms ausgefüllt werden soll, das am Ende der Periode zwei wesentliche Bedingungen sicherstellen soll:

a) Ein konkretes Maß tatsächlich verwirklichter und vervollständigter Abrüstung seitens der höheren Mächte und

b) die Herbeiführung des Grundzuges der Gleichberechtigung in einem Regime der Sicherheit, das seit September letzten Jahres das erwartete Ziel nicht nur der Mächte gewesen ist, die die Erklärung vom 11. Dezember unterzeichnet haben, sondern der Abrüstungskonferenz überhaupt.

Um aber dies zu erreichen, ist es notwendig, schrittweise vorzugehen. Tatsächlich ist die Methode der Stufen von einem sehr frühen Zeitpunkt durch die allgemeine Wissenskundgebung der Konferenz als notwendig bezeichnet worden, und wenn ich von einem Programm spreche, das sich schrittweise in die Tat umsetzen würde, so daß am Ende der Periode die beiden genannten wesentlichen Bedingungen gesichert wären, so wiederhole ich, was Herr Henderson in seinem Bericht an das Bureau am 9. Oktober sagte, wenn er ausführte:

„Über einige der wichtigsten Fragen ist die Annäherung offenkundig beeinflußt durch den gegenwärtigen unruhigen Zustand Europas und die sich daraus ergebenden misstrauischen Empfindungen, Befürchtungen und Alarmzustände.“

Die Notwendigkeit einer Abänderung des Konventionsentwurfes zur Erreichung dieses Zwecks durch einen Entwicklungsprozeß ist somit klar nachgewiesen.

Der Plan, der sich als Ergebnis einer Anzahl derartiger Besprechungen der Prüfung empfahl, war derart, daß die vorgeschlagene achtjährige Periode mit der Umwandlung der kontinentalen Armeen nach den im britischen Entwurf enthaltenen Grundsätzen beginnen würde zusammen mit der Aufstellung eines angemessenen Überwachungsdienstes mit Hilfe der ständigen Abrüstungskonvention,

so daß das Gefühl der Sicherheit, das die gehörige Einhaltung der Konvention bilden wird, die Grundlage für die praktische Erreichung der Zwillingssideen Abrüstung und Gleichberechtigung liefern würde. Herr Henderson hat angeregt, daß die ständige Abrüstungskommission eingesetzt werden soll, sobald die Konvention unterzeichnet ist, und noch vor ihrer Ratifizierung.

Auf allen Seiten besteht ein Einverständnis darüber, daß die in Aussicht genommene Überwachung allgemeine Anwendung zu finden hat. Ihr Zweck würde sein sicherzustellen, daß die in der Konvention enthaltenen Verpflichtungen loyal eingehalten werden.

Es wird eingehender Prüfung bedürfen festzustellen, wie viele Jahre (!) innerhalb der acht Jahre für die von mir erwähnten einleitenden Schritte notwendig sein würden.

Die Umwandlung der Armeen schließt technische Fragen in sich, die die Seiteinteilung beeinflussen, und in der Zwischenzeit soll sich ein wirkliches Gefühl des Zusammensetzen entwickeln, wenn sich herausstellt, daß der gefasste Plan Zustimmung findet und seine Ausführung ordnungsmäßig im Gange ist. Ohne mich endgültig auf die Länge der ersten Stapse festzulegen, wisse ich darauf hin, daß eine

Periode von vier Jahren von verschiedenen Regierungen erwähnt worden ist, während andere die Frage aufgeworfen haben, ob sie nicht etwas abkürzen werden könnte. Welches auch immer die Länge dieser ersten Stapse sein mag, ist es wesentlich, festzustellen, daß die Konvention selbst zur Zeit ihrer Unterzeichnung den ins einzelne gehenden Plan der Abrüstung erhalten müsse, die als Ergebnis bei Ablauf seiner vollen Periode von angenommenen acht Jahren erreicht werden muß.

Aber dieses Programm beruht auf einer Voransetzung, die mir wesentlich erscheint; ich muß es dem Bureau mit voller Offenheit vortragen.

Der Plan sieht den Grundzusatz vor, daß die Mächte, denen jetzt durch die Friedensverträge Beschränkungen auferlegt sind, nicht anfangen dürfen, ihre Musterungen sofort zu erhöhen, sondern ihre Bereitschaft anzubringen sollen, sich nach einer Beiteinstellung, wie ich sie angegeben habe, zu richten.

Die Englische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß keine Vereinbarung auf der Grundlage einer Konvention erreicht werden könnte, die eine sofortige Aufrüstung vorsehen würde. Indem ich von „Richtaufrustung“ spreche, will ich nicht bestreiten, daß bei Umwandlung der Reichswehr in eine kürzidende Armee von größerer Kopfstärke eine proportionale, zahlenmäßige Vermehrung ihrer Bewaffnung angemessen ist.

Die Erklärung, die ich abzugeben aufgefordert worden bin, hat eine ziemlich deutliche Sprache und eine völlig klare Darlegung unseres eigenen Standpunktes notwendig gemacht.

Die Macht der Drei!

Englisch-französisch-amerikanische Einheitsfront.

Der amerikanische Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Norman Davis,

gab unmittelbar nach der Erklärung des englischen Außenministers seinerseits eine Erklärung ab, in der er seiner Freunde darüber Ausdruck gab, daß er in der Lage sei, den Bericht Simons über das Ergebnis der Besprechungen bestätigen, und die englische Haltung in den entscheidenden Punkten stehen zu können. Der Bericht stimme sowohl in den allgemeinen Richtlinien wie auch in einzelnen Punkten mit der von der Amerikanischen Regierung angenommenen Haltung überein. Die Regierung der Vereinigten Staaten habe schon früher den Standpunkt eingenommen, daß ein Abrüstungsabkommen nicht zu einem Instrument für Wiederaufrüstung gemacht werden dürfe, und daß die qualitative Gleichberechtigung der Mächte in erster Linie durch eine Herabsetzung der Rüstungen der schwer gerüsteten Staaten und nicht durch Handlungen einzelner Mächte erreicht werden könne, die daran hinzielten, aufzurüsten.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen seien jetzt Maßnahmen notwendig, um diese Gleichberechtigung zu erreichen. Das kann nicht mit einem Schlag erreicht werden. Norman Davis unterstrich dann nochmals — „um diejenigen zu ermutigen, die infolge der langen Dauer der Konferenz ungeduldig oder skeptisch geworden seien“ — daß ihm aus den leichten Besprechungen die feste Überzeugung von der ehrlichen Absicht der schwer gerüsteten Staaten entstanden sei, wirksame Maßnahmen für eine allgemeine Abrüstung zu treffen. Kein Abrüstungsabkommen würde, soweit die Amerikanische Regierung beteiligt ist, befriedigend sein oder die amerikanische Beteiligung an einem System der Kontrolle rechtfertigen, wenn nicht dieses Abkommen eingehende Bestimmungen für die Abrüstung selbst enthalte.

Der französische Außenminister Paul-Boncour gab nur eine kurze Erklärung ab, in der er vor allen Dingen auf die Notwendigkeit einer vierjährigen Bewährungsfrist hinwies. Nur durch Einhaltung einer solchen Frist werde es sich erweisen, ob die vorgesehene internationale Kontrolle wirksam sei. Der Zweck dieser vierjährigen Bewährungsfrist bestehe ausschließlich darin, die Wirkamkeit der internationalen Kontrolle zu erweisen. Die Abrüstung sei heute nicht durch Abrüstung einzelner Mächte, sondern nur durch wirksame Abrüstungsmaßnahmen der gerüsteten Staaten zu erreichen.

Der italienische Vertreter Marquis de Soraqua beschränkte sich nur auf die Mitteilung, daß seine Regierung angesichts den Bericht des englischen Außenministers eingehend prüfen würde und betonte die Bereitwilligkeit der Italienischen Regierung, mit allen Kräften an der Erzielung einer allgemeinen Einigung mitzuwirken. Er habe die Hoffnung und das Vertrauen, daß, wenn sämtliche Mächte in diesem Programm die Grundlage von Verhandlungen finden, dann diese zu einer allgemeinen Einigung führen würde.

Zum Schluss der geheimen Sitzung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz legte

der deutsche Vertreter Staatssekretär von Rheinbaben

sodann in einer kurzen Erklärung den grundsätzlichen deutschen Standpunkt dar und verlangte Abrüstung der schwergerüsteten Staaten und die sofortige Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung.

Abschiedsgruß.

Freiherr von Neurath an Henderson.

Berlin, 14. Oktober. (Eigene Meldung.) Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, hat namens der Reichsregierung an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, folgendes Telegramm gerichtet:

„Herr Präsident! Namens der deutschen Reichsregierung habe ich die Ehre, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Nach dem Verlauf, den die letzten Beratungen der beteiligten Mächte über die Abrüstungsfragen genommen haben, steht nunmehr endgültig fest, daß die Abrüstungskonferenz ihre einzige Aufgabe, die allgemeine Abrüstung durchzuführen, nicht erfüllen wird. Zugleich steht fest, daß dieses Scheitern der Abrüstungskonferenz allein auf den mangelnden Willen der hochgerüsteten Staaten zurückzuführen ist, ihre vertragliche Verpflichtung zur

Abrüstung jetzt einzulösen. Damit ist auch die Verschärfung des amerikanischen Anspruchs Deutschlands auf Gleichberechtigung unmöglich gemacht worden und die Voraussetzung fortgefallen, unter der sich die Deutsche Regierung Anfang dieses Jahres zur Wiederbeteiligung an den Arbeiten der Konferenz bereitgefunden hatte. Die Deutsche Regierung sieht sich daher gezwungen, die Abrüstungskonferenz zu verlassen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung
Freiherr von Neurath.“

Ratlosigkeit in Genf.

Genf, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das sogenannte Kleine Bureau der Abrüstungskonferenz trat am Sonntag zu einer Besprechung über die durch den deutschen Austritt entstandene Lage zusammen. Nach mehrstündiger Dauer der Sitzung, in der zunächst vollkommene Ratlosigkeit herrschte und die unterbrochen werden mußte, wurde die Vertragung des Hauptausschusses beschlossen. Deutschland wird eine Note übermittelt werden, deren Text ursprünglich sehr scharf gehalten gewesen sein soll, der aber dann auf den Einspruch zweier Großmächte (wahrscheinlich Amerika und Italien) abgemildert wurde.

Italienische Vermittlung?

Rom, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Von italienischer Seite wird eine amtliche Stellungnahme zu dem deutschen Schritt veröffentlicht, in der die Bereitschaft Deutschlands zur friedlichen Zusammenarbeit hervorgehoben und eine Vertragung der Abrüstungskonferenz für notwendig gehalten wird. Die italienische Presse hebt in ihrer Stellungnahme die Notwendigkeit einer Einigung außerhalb der Abrüstungskonferenz hervor.

In Genfer Kreisen hat die italienische Regierung eine Stellungnahme großes Aufsehen erregt. Man nimmt dort an, daß es zu einer italienischen Vermittlung kommen wird. Die englischen Minister werden am Montag nach London abreisen.

Daladier will am Dienstag antworten.

Paris, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In gut unterrichteten politischen Kreisen erklärt man am Montag, daß Ministerpräsident Daladier am Dienstag nachmittag bei der Eröffnung der Kammerstung das Wort ergreifen werde, um zu den leichten Ereignissen Stellung zu nehmen und bei dieser Gelegenheit auf die große Rede des Reichskanzlers Adolf Hitler zu antworten.

Der meist gut unterrichtete innenpolitische Mitarbeiter des „Echo de Paris“ behauptet, der französische Ministerpräsident habe den ganzen Sonntag an der Ausarbeitung seiner Rede gearbeitet. Diese Rede werde er am Dienstag im Vorlaufe seinen Ministerkollegen unterbreiten. Der Ministerpräsident werde außerdem nach seiner Rede vor der Kammer ein Vertragsvotum für die vorläufige Rückwidrung sämtlicher Interpellationen über die französische Außenpolitik fordern.

Macdonald läßt sich unterrichten.

London, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach seiner Rückkehr nach London hat Macdonald am Sonntag abend sofort eine telephonische Unterredung mit dem Außenminister Simon in Genf gehabt, woran sich eine mehrstündige Unterredung mit dem Präsidenten des Staatsrates Baldwin schloß. Dazwischen wurden wieder Telephonespräche mit Genf geführt. Es wurde beschlossen, daß der Außenminister bis zur Eröffnung der Sitzung des allgemeinen Bureaus in Genf bleiben und im Anschluß nach London zurückkehren soll, so daß er am Dienstag dem Ministerpräsidenten Bericht erstatten werde. Macdonald wird am Montag die neue politische Lage mit einigen seiner Ministerkollegen erörtern. Die Angelegenheit wird wahrscheinlich am Mittwoch vor dem Parlament zur Sprache kommen. An dem Programm soll nichts geändert werden. Es wird in Regierungskreisen damit gerechnet, daß die Rede Simons die Unterstützung der Parteien finden wird. Der Schatzkanzler Chamberlain wird vielleicht schon am Montag abend in einer Rede, die er in Nottingham hält, zur allgemeinen Lage Stellung nehmen.

Newyork für eine klare U.S.-Politik.

Newyork, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Während sich die „Newyork Times“ in abgeleiterter Beweisführung für Deutschlands angebliche Schuld am Genfer Fiasco ergeht, weist die „Newyork Herald Tribune“ in einem beachtenswerten Leitartikel darauf hin, daß die Amerikanische Regierung die sofort zu verfolgende Politik der Vereinigten Staaten unbedingt klar festlegen solle. Vor einer Woche hätte sich Washington mit Frankreich und England vereint, um Deutschland einzuschüchtern und ein Abrüstungsabkommen zu erzwingen. „Wollen die Vereinigten Staaten Deutschland ein Abkommen aufzwingen? Falls nicht, ist die Rooseveltische Regierung geneigt, die Franzosen und Engländer auf der Grundlage der deutschen These zur Abrüstung zu zwingen? Es ist sicher, daß das amerikanische Volk weiß, daß es eine noch das andre tut.“ Das Blatt wirft dann die Frage auf, ob das amerikanische Staatsdepartement überhaupt eine klare Politik habe. Es sei dringend notwendig, daß die Haltung, die Amerika einzunehmen gedenke, klar festgelegt werde, denn: das Versailler System sei im Begriffe, zu verschwinden.

Moskau zweifelt am Fortbestand des Völkerbundes.

Moskau, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die gesamte sowjetrussische Presse beschäftigt sich mit der Frage des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund. Die „Pravda“ schreibt u. a.: Der Austritt Deutschlands hat das wichtige Gebäude in Genf sehr stark erschüttert. In Genf wurde in der letzten Sitzung so viel zuhöre geredet und geklatscht, daß man niemals ernstlich an irgend welche politischen Dinge herankommen konnte. Deswegen wird die Erschütterung des Völkerbundes bestehen, daß der Austritt Deutschlands unbedingt die Entscheidung über das Weiterbestehen des Völkerbundes bringend mache. Die „Iswestija“ betonen, daß der Austritt Deutschlands die Verteilung der Völkerbundesbrüder ändern müsse. Der Völkerbund habe sich politisch so stark blamiert, daß an seinem Fortbestehen gezweifelt werden müsse. In den Augenblicken, in denen an ihn Entscheidungen heranträten, versagte er und versuchte, sich unter die Decke nutzloser Entschlüsse zu verstecken.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeiter wird strengste Verschwiegenheit angeföhrt.

Bromberg, 16. Oktober.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei leicht ansteigenden Temperaturen an.

Der Zwillingspfennig.

Die Winterhilfe, die auch unter den Deutschen in Polen eingesetzt hat, kann in vielen Dingen von den reichsdeutschen Methoden lernen. Das Eintopfgericht hat sich wohl schon in weiten Kreisen durchgesetzt, aber für die jetzt nötigen Winteranschaffungen lässt sich vielleicht auch eine Pfennigabgabe, wie sie in Deutschland geübt wird, durchführen. In Deutschland handelt es sich allerdings um einen Zwillingspfennig, d. h. von jedem Einkauf über eine Mark wandert an der Kasse 1 Pfennig, also 1 Prozent, in die bereitstehende Büchse. Dieselbe Summe, also auch 1 Pfennig für 1 Mark, gibt der Kassierer gleichfalls hinein, sodass Käufer wie Verkäufer ihren Anteil an der Winterhilfe tragen. So lässt sich der Zwillingspfennig bei uns leider nicht durchführen, nur von uns aus, also von Seiten des Käufers, können wir diese schöne Sache nachahmen. Fest müssen überall Wintersachen eingekauft werden: Mantel, Hütte, Kleider, Schuhe und Wäsche. Wie groß ist die Freude über einen hübschen neuen Mantel, das schicke Hüttchen und die tadellosen Schuhe. Aber in diesem Jahre wollen wir doch daran denken, sofort auch anderen eine Freude zu bereiten, wenn wir selber uns freuen und so wandern beim Einkauf des Wintermantels, der 80 oder 100 Zloty kostet, 80 Groschen oder 1 Zloty in die Winterhilfskasse. Das ist ein winziger Aufschlag auf den neuen Kauf und ein großer Buschus für die Winterhilfskasse, die doch auf solche Spenden angewiesen ist. Auch die 5- und 10-Groschenstücke sind nicht zu klein und unbedeutend, um zu der Summe zugelegt zu werden. Am Schluss kommt doch ein nettes Sämmchen heraus, das wieder dazu beiträgt, hungernden und frierenden Menschen zu helfen. Allerdings muss diese Pfennigabgabe wirklich konsequent und regelmäßig durchgeführt werden. Wir aber haben ein gutes Gewissen, weil wir nicht nur uns selbst, sondern auch anderen geholfen haben.

Unter ungeheurer Beteiligung aller Stände der Bevölkerung erfolgte am Sonnabend die Beisehung des auf so tragische Weise plötzlich verschiedenen Kaufmanns Otto Appelt auf dem alten evangelischen Friedhof. Hunderte von Menschen nahmen an der Trauerfeier teil, die von Superintendent Aßmann geleitet wurde und gaben dem Verstorbenen, der mit zu den angehörenden, alten Kaufmannschaft Brombergs gehörte, das letzte Geleit.

Erwerbslosenziffer steigt wieder. Wie aus den Angaben der staatlichen Arbeitsvermittlungssämter in Polen hervorgeht, wurde am 7. Oktober seit einigen Monaten wieder die erste Zunahme der Arbeitslosenziffer notiert. Die Zahl der Arbeitslosen in Polen betrug amtlich an diesem Tage 202 565 Personen, das sind 2523 Personen mehr als in der vorhergehenden Berichtswoche. In Warschau (zusammen mit dem Bezirk) waren 24 897 Erwerbslose registriert (um 190 Personen mehr), in Lodz und Bezirk 11 078 (um 216 Personen mehr), in Oberschlesien 78 525 Erwerbslose (um 180 Personen mehr).

Für Straßenbau in Polen. Wie aus Warschau verlautet, wird beabsichtigt, in dem Voranschlag des Staatshaushalts für das Jahr 1934/35: 10 Millionen Zloty für den Bau und die Erhaltung öffentlicher Wege bereitzustellen. Die Einnahmen aus dem selbständigen Begebaufond werden im neuen Budget-Jahr auf 15 Millionen Zloty berechnet. Auf diese Weise werden für den genannten Zweck im nächsten Jahr insgesamt 25 Millionen Zloty zur Verfügung stehen.

Der hiesige Gesluggesichterverein (gegründet 1891) hielt im Gasthause von Wichert eine Mitgliederversammlung ab. Der zweite Vorsitzende des Vereins, Herr Biatak, berichtete zunächst über die Unterbringung und Verpflegung der Schwäne, die der Verein der Stadt gestiftet hat, und übermittelte der Versammlung den Dank des Stadtpräsidenten. Leider musste er mitteilen, dass halbwüchsige Kaninen, namentlich Sonntags, die Schwäne mit Steinen werfen und sie auch noch auf andere Weise belästigen. Hierauf wurden die Einzelheiten der nächsten Ausstellung beraten, die der Verein in Gemeinschaft mit dem hiesigen Kaninchensichterverein im Februar nächsten Jahres veranstalten will. Zum Schluss wurde ein schöner junger Stamm von Lachshühnern (Faverolles), bekanntlich die beste Fleischhühnerrasse, aus der Bucht des Herrn Machalinski vorgeführt und besprochen.

Beim hiesigen „Mozwoj“, der aufgelösten antisemitischen Organisation, wurden Haussuchungen von der Kriminalpolizei durchgeführt, Protokollbücher, Stempel usw. beschlagnahmt und ein diesbezügliches Protokoll aufgenommen.

Ein ungetreuer Beamter hatte sich in der Person des 47-jährigen Kaufmanns Aleksander Koniuszewski vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Die Anklageschrift legt dem K. zur Last, dass er als Kassierer der Französisch-Polnischen Gesellschaft für den Bahnbau nach Gdingen 9715 Zloty unterschlagen habe. Die Unterschlagungen, die im vorigen Jahre durch eine Kontrolle der Bücher aufgedeckt wurden, beging K. in der Weise, dass er verschiedene Zahllisten führte und die hierfür mehr erhaltenen Beträge in seiner Tasche verschwinden ließ. In der Gerichtsverhandlung bekenne sich der Angeklagte nicht zur Schuld. Das Manuskript in der Kasse müsse dadurch entstanden sein, dass er infolge Versehens an die Beamten höhere Gehälter ausgezahlt habe. Der frühere Leiter des hiesigen Büros, Niemierowski, der als Zeuge vernommen wird, sagt aus, dass er dem Angeklagten schon einmal mit 3000 Zloty geholfen habe, als dieser ihm von einer Kaschdifferenz erzählte. Das Geld habe er jedoch nur aus hilfswise vorgestreckt, in der Annahme, dem Angeklagten sei ein Rechentehler in seinen Büchern unterlaufen. Das Gericht erkannte den Angeklagten nach durchgeföhrtener Be weisaufnahme für schuldig und verurteilte ihn zu 1½ Jahren Gefängnis, 3650 Zloty Geldstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von fünf Jahren und zur Zahlung von 9500 Zloty an die geschädigte Gesellschaft.

Selbstmord beging die Frau des Arbeitslosen Biemski, Thornerstraße 5. Sie hatte in einem unbewachten Augenblick Salzsäure getrunken und ist, trotz baldiger Überführung in das Krankenhaus, dort ihren Verlebungen erlegen.

Revolververschieherei in einem Nachtlokal. In der Nacht zum Sonntag gegen 1 Uhr kam es in einem der hiesigen Nachtlokale zu einem unliebsamen Zwischenfall. Einer der Gäste bestätigte in dem Lokal die übrigen anwesenden Personen, bis diese sich bei dem Verwalter des Lokals beschwerten. Dieser versuchte nun den Radau bruder aus dem Lokal zu entfernen. Es kam dabei zu einem Handgemenge, wobei der Gast plötzlich einen Revolver zog und auf den Verwalter anlegte. Im letzten Augenblick gelang es diesem, die Waffe beiseite zu schlagen. Zwei Schüsse, die kurz darauf fielen, verletzen glücklicherweise niemand, sondern durchschlägten nur die Ausgangstür. Jetzt waren sich auch andere Gäste auf den leichtsinnigen Schüßen. Jedoch erst nach Eintreffen der Polizei gelang es, den sich heftig wehrenden Trunkenbold zu verhaften.

fester im Kirchpark noch eine zahlreiche Festgemeinde. Vor 25 Jahren, als die Gemeinde gegründet wurde, zählte sie weit über 1000 Seelen, heute ist diese Zahl auf 440 zusammengeschmolzen. Die Festkollekte betrug rund 130 Zloty, die für die Anschaffung von Posaunen für den örtlichen Posaunenchor bestimmt war.

□ Crone (Koronowo), 15. Oktober. Am 19. Oktober findet hier ein Kram-, Vieh und Pferdemarkt statt.

vorordneten Sitzung nahm einen stürmischen Verlauf. Hauptfach handelte es sich um die Einstellung einer auswärtigen Kraft als Stadtkassenrentantin, trotzdem Anträge von zwei Bewerbern von hier vorlagen. Nach längerer Aussprache empfahl die Versammlung dem Bürgermeister Mroziński, einen der Anträge zu berücksichtigen.

q Gnesen (Gniezno), 15. Oktober. Vor kaum zwei Wochen wurden dem Landwirt Anton Garsta in Wielica bei Gnesen 150 Köpfe Weizkohl vom Felde gestohlen. Heute Nacht wurden ihm nun wieder 40 Mandeln gestohlen. — Der Besitzer Jakob Hack in Talsee (Janikowo Wójtow) bei Gnesen wurde auf seinem Gehöft von einem Bettler angefallen, welchem er nichts gegeben hatte. Der Bettler würgte den Besitzer, bis Frau Hack mit den Söhnen zur Hilfe herbeieilte kam.

Der 88 Jahre alte Hirte Andrzej Koncent auf dem Gute Chelmach wurde von einem Bullen getötet. Der Bulle hatte Koncent so gegen die Wand geworfen, dass ihm die Schädeldecke eingedrückt worden war.

z Nowy Dwór, 15. Oktober. Feuer entstand am Freitag mittag gegen 12.30 Uhr durch Unvorsichtigkeit eines Arbeiters in der Drogerie des Herrn R. Kazmierzak hier selbst. Der Arbeiter war mit dem Messer von Bohner beschäftigt, wobei von der flüssigen Masse etwas über den Kesselrand, der auf dem brennenden Gas Kocher stand, hinunterfiel und so die ganze Masse entzündete. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr konnte das Feuer nach angestrengter einstündiger Tätigkeit auf seinen Herd beschränken. Der Schaden beträgt ca. 2500 Zloty.

In der am letzten Sonnabend im Gasthaus Kwiatkowski in Wonore stattgefundenen Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins Wonore und Umgegend hielt nach Eröffnung und Begrüßung der zahlreich erschienenen der Leiter der Versicherungsabteilung der WBG Schöniger-Posen einen Vortrag über Versicherungsschutz. Zum Schluss sprach Herr Alois ausführlich über die alte und neue Vermögensstreuung, auch empfahl er den Besuch der deutschsprachigen landwirtschaftlichen Winterschulen in Schroda und Birnbaum. Für minderbemittelte Landwirte werden von der WBG Stipendien zur Verfügung gestellt.

Unbekannte Diebe stahlen in der Nacht zum Freitag aus der Wohnung des hiesigen Einwohners Anton Grzechomia, ul. Kościelna 2, verschiedene Garderobe im Werte von 800 Zloty.

Am letzten Sonntag kam es vor dem Gasthaus des Gastwirts Mutschler in Stodolno zwischen einigen jungen Leuten zu einer Schlägerei, in deren Verlauf Marian Grejicki seinem Kollegen Boleslaw Kacliga mit dem Messer einige schwere Stichwunden am Kopf beibrachte. Der Verletzte musste sofort in ärztliche Behandlung gegeben werden, während Grejicki zur Polizeiwache wanderte.

es Mrotoschen (Mrocza), 15. Oktober. Ein Feuer brach gestern im nahen Dorfe Wiele bei dem Molkerei- und Gastrausbeißer Paweł Kosny aus. Das Feuer kam in dem Heizraum, wo die Kohlen lagern, aus, erfäuste die Molkerei und den Tanzsaal. Verbrannt sind alle Maschinen und Geräte. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

z Posen, 14. Oktober. Gestern nachmittag wurde in der Breslauerstraße der dort wohnhafte sechsjährige Knabe Mieczysław Grupa vermutlich durch eigenes Verschulden — er lief in das Auto hinein — von einem Personenkraftwagen überfahren und lebensgefährlich verletzt. Er wurde in hoffnungslosem Zustande ins Stadtfrankenhau geschafft.

Der von uns gemeldete Raubüberfall des Stefan Klatt auf die Expedientin Helene Chiwrot aus Gurtshin soll sich nach amtlichen Ermittlungen als harmloser Scherz aufgeklärt haben. Hoffentlich unterlässt Klatt in Zukunft ähnliche „Scherze“.

Der Fürsorgezögling Marian Bandecki, der aus der Fürsorgeanstalt Schubin entlaufen war, wurde von der hiesigen Polizei ergriffen und der Anstalt wieder zugeführt.

o Rogasen, 13. Oktober. In der letzten Stadtverordnetensitzung verpflichtete Bürgermeister Stanisław Skarlicki als neuen Stadtverordneten Marcin Michor. Hierauf wurde der Pachtvertrag des Rogasener Sees genehmigt. Eine Auflistung über unvorhergesehene Ausgaben in Höhe von 474,17 Zloty wurde genehmigt. Alsdann wurde die Jahresrechnung des Magistrats sowie der städtischen Kasse für die Zeit vom 1. 4. 32 bis 31. 3. 33 vorgelegt und genehmigt. Für das Steuerjahr 1934 wurde beschlossen, bei Patenten für Herstellung von Spirituosen einen 100 prozentigen, bei solchen für den Verkauf von Spirituosen einen 20 prozentigen Kommunalzuschlag zu erheben. Zur staatlichen Grundsteuer wurde ein Kommunalzuschlag von 70 Prozent und ein Kreiskommunalzuschlag von 20 Prozent festgelegt. Zur Gebäudesteuer wird ein Zuschlag von 10 Prozent erhoben.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Die zum Konzert des Danziger Lehrer-Gesangvereins gelösten Eintrittskarten bitten wir bis Mittwoch an die Buchhandlung E. Hecht Nachf., Gdańsk 27, zurückzugeben. D. G. f. A. u. W. 7925

25-jähriges Kirchenjubiläum in Altrad.

Die Feier des 25-jährigen Kirchenjubiläums war für die Altradener Kirchengemeinde ein besonderer Festtag. Aus den Nachbargemeinden Mogilno, Schöttingen, Kaiserfelde und Blütenau waren viele Gläubige gekommen, um mit der Gemeinde zu feiern. Die Festpredigt am Vormittag hielt der Verwalter der Pfarrstelle, Pfarrer Reder aus Mogilno. Er wies auf die Güte und Barmherzigkeit Gottes hin, die die Gemeinde durch 25 Jahre, insbesondere auch durch die schweren Zeiten des Krieges und der Abwanderung hindurchgetragen hat und die sie zum Danken und treuen Zusammenhalten bewegen soll. Konsistorialrat D. Hildt überbrachte die Grüße der Kirchenseitung aus Posen. Der Feiertagsdienst war umrahmt von Vorträgen eines Posaunenchors von über 50 Bläsern aus verschiedenen Gemeinden sowie durch Chorlieder eines dreistimmigen Jungmädchenchores, den Kantor Schick eigens für diesen Zweck zusammengestellt hatte. Die Kirche war von fleißigen Frauenhänden schön und würdig geschmückt worden. Christliche Festgrüße hatten die früheren Seelsorger der Gemeinde, Pfarrer Kanitz aus Lübeck und Pfarrer Arnstadt aus Grünkirch gesandt. Am Nachmittag vereinte eine Nach-

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: K. B. Marian Heuke; für Stadt und Land und den ländlichen unpolitischen Teil: Marian Heuke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygoda; Druck und Verlag von A. Dittmann & C. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 288.

Am 14. Oktober verschied nach kurzem schweren Leiden unsere gute Mutter, Groß- und Urgroßmutter

Justine Dreher

im Alter von 90 Jahren und 21 Tagen.

Dieses zeigt tief betrübt an

Im Namen der Hinterbliebenen
Fritz Dreyer.

Dworzysko, Bydgoszcz, Mühlhausen i. Thür., Ostswine, den 14. Oktober 1933.

R. Sp. 35.
W tut. rejestrze spółdzielni pod nr. 35 odnośnie do firmy

Deutsche Volksbank

spółdz. zap. z ogr. odpow. w Bydgoszczy filia w Chełmnie wpisano co następuje:

Uchwałą Rady Nadzorczej z dnia 17 marca 1932 r. został wybrany do zarządu Ernest Kreftz Bydgoszczy w miejscowości Maksa Straussa.

Chełmno, dnia 12 października 1933 r.

Sąd Grodzki.

Rechnungsführer und Brenner

ledig, erfahrene,淑女 Stellg. Off. unt. 2. 7164

na die Gt. d. Stg. erb.

Suche per 1. 11. od. spät.

Stellung

als Brennergehilfe

oder

Wirtschafts-Eleve.

Bin 24 J. a., habehand.,

Aufs. bel. 3 J. Brenn-u.

1. J. Landwirtschaftspraxis

d. deutsch. u. poln. Spr.

mächt. Frdl. Off. unt. 2.

3566 a. d. Geschäft. d. Stg. erb.

Junger Kaufmann

(Kolonial- und Eisen-

handel), der deutschen

und polnischen Sprache

in Wort und Schrift

mächtig, sucht Stellung.

Offerter unter 2. 7085

a. d. Geschäft. d. Stg. erb.

Züchtiger Schmied

u. Maschinist, 28 J. alt,

sucht vom 1. April 1934

Stellung. Vertraut mit

famili. Reparatur, b. land-

wirtschaftl. Masch., Dreiech-

az und Großbulldogg.

Gute Zeugnisse u. Empfehlung.

vorhanden.

Gefl. Off. unt. 2. 7318

a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Olßtubenmädchen

oder Hausmädchen

Gute Zeugn. vorhand.

Offerter, u. 2. 7321

a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Witwe ange-

nomm. od. Einheirat in

kleine Landwirtschaft.

Angeb. unt. 2. 7319 an

d. Geschäft. d. Stg. erb.

Ihre Schuhe

und hauptsächlich Ihre Füsse

sollen Sie schonen.

Elastisch, dauerhaft

und billiger

als Leder

sind

BERSON

GUMMIABSÄTZE

Als Neuheit

die Dauerbesohlung aus

Berson Okma Gummileder

wetterfest, nicht gleitend

dauerhaft und billiger als Leder

Preise bedeutend ermässigt

Bessere Jüdin

sucht Stellung bei Kin-

dern od. Haushalt, nur

deutsch sprechend, in

Warszaw. oder Umeg.

Off. unt. 2. 3550 a. d.

Geschäft. d. Stg. erb.

Kaufmann aus der

Kolonialwarenbr., 31

Jahre alt, der deut-

schen und polnischen

Sprache mächtig, sucht

Stellung als

Reisender-Chauffeur

oder anderes. Gefl.

Off. unter 2. 7132

a. d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Meldungen an 7320

Gustav Dobriński

Książki (Pom.) erbeten.

Auf den Mann 7310

Dressierten Hund

sucht Winter. Mans-

feldin, v. Działdowo.

Achtung!

4 Städ. junge, braune

rasse, keine Jagdhunde

verlaufen billig

krate, Włotw., poczta

Supniewo, v. Sepolino.

Witwe ange-

nomm. od. Einheirat in

kleine Landwirtschaft.

Angeb. unt. 2. 7319 an

d. Geschäft. d. Stg. erb.

Gute Erfahrung und

Kapitalanlage!

Schönes Bürohaus mit

5 Wohnungen in guter

Lage, dicht am Bahnhof,

in einem großen

Kirchdorf geleg., worin

2 gut. Existenz be-

find, günstig wog. Aus-

wanderung zu verlaufen.

Meldungen an 7320

Gustav Dobriński

Książki (Pom.) erbeten.

Auf den Mann 7310

Dressierten Hund

sucht Winter. Mans-

feldin, v. Działdowo.

Achtung!

4 Städ. junge, braune

rasse, keine Jagdhunde

verlaufen billig

krate, Włotw., poczta

Supniewo, v. Sepolino.

Witwe ange-

nomm. od. Einheirat in

kleine Landwirtschaft.

Angeb. unt. 2. 7319 an

d. Geschäft. d. Stg. erb.

Gute Erfahrung und

Kapitalanlage!

Schönes Bürohaus mit

5 Wohnungen in guter

Lage, dicht am Bahnhof,

in einem großen

Kirchdorf geleg., worin

2 gut. Existenz be-

find, günstig wog. Aus-

wanderung zu verlaufen.

Meldungen an 7320

Gustav Dobriński

Książki (Pom.) erbeten.

Auf den Mann 7310

Dressierten Hund

sucht Winter. Mans-

feldin, v. Działdowo.

Achtung!

4 Städ. junge, braune

rasse, keine Jagdhunde

verlaufen billig

krate, Włotw., poczta

Supniewo, v. Sepolino.

Witwe ange-

nomm. od. Einheirat in

kleine Landwirtschaft.

Angeb. unt. 2. 7319 an

d. Geschäft. d. Stg. erb.

Gute Erfahrung und

Kapitalanlage!

Schönes Bürohaus mit

5 Wohnungen in guter

Lage, dicht am Bahnhof,

in einem großen

Kirchdorf geleg., worin

2 gut. Existenz be-

find, günstig wog. Aus-

wanderung zu verlaufen.

Meldungen an 7320

Gustav Dobriński

Książki (Pom.) erbeten.

Auf den Mann 7310

Dressierten Hund

sucht Winter. Mans-

feldin, v. Działdowo.

Achtung!

4 Städ. junge, braune

rasse, keine Jagdhunde

verlaufen billig

krate, Włotw., poc

Bromberg, Dienstag den 17. Oktober 1933.

Reichskanzler Adolf Hitler an die Welt

Reichskanzler Adolf Hitler hat am Sonnabend, 7 Uhr abends, in einer Rundfunkrede, die nicht allein in Deutschland und Europa, sondern auch nach Nord- und Südamerika übertragen und außerdem in verschiedenen Uebersetzungen der Welt zur Kenntnis gegeben wurde, die Gründe für die tiefgreifenden Maßnahmen der Reichsregierung angegeben. Er sprach über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der Abrüstungs-Konferenz, über die Grundlagen einer wirklichen Friedenspolitik, über die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung, ferner über die innerpolitischen und weltpolitischen Leistungen des Nationalsozialismus, besonders über den Erfolg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und gegen die bolschewistische Gefahr. Der Kanzler führte u. a. aus:

„Als im Sommer 1918 in vertraulicher Gläubigkeit auf die in den 14 Punkten des Präsidenten Wilson niedergelegten Zusicherungen das deutsche Volk die Waffen senkte, fand ein unseliger Ringen sein Ende, für das wohl einzelne Staatsmänner, aber sicher nicht die Völker verantwortlich gemacht werden konnten. Das deutsche Volk hat nur deshalb so heldenmäßig gekämpft, weil es heilig überzeugt war, zu Unrecht angegriffen und damit zu Recht im Kampf zu sein. Von der Größe der Opfer, die es damals — fast nur auf sich allein gestellt — bringen musste, hatten die anderen Nationen kaum eine Vorstellung. Hätte in diesen Monaten die Welt in fairer Weise dem niedergesunkenen Gegner die Hand gegeben, so würden vieles Leid und zahllose Enttäuschungen der Menschheit erspart geblieben sein. Die größte Enttäuschung erlitt das deutsche Volk.“

Noch niemals hat ein Besieger sich so redlich bemüht, an der Heilung seiner Gegner mitzuhelfen, wie das deutsche Volk in den Jahren der ihm aufgebürdeten Diktate. Wenn all diese Opfer zu keiner wirklichen Befriedung der Völker führen könnten, so lag das im Wesen eines Vertrages, der in dem Versuche einer Verewigung der Begriffe Sieger und Besiegte auch den Hass verewigen mußte.

Die Völker hofften mit Recht, erwarten zu dürfen, daß aus diesem größten Kriege der Weltgeschichte die Lehre gezogen werden wäre, wie wenig besonders für die europäischen Nationen die Größe der Opfer zur Größe des möglichen Gewinnes steht. Als daher in diesem Vertrage dem deutschen Volke die Verjährung seiner Rüstungen zur Ermöglichung einer allgemeinen Weltabstürzung auferlegt wurde, glaubten Unzählige, daß darin nur das Zeichen für das Umschreiten einer erlösenden Erkenntnis zu sehen wäre.

Das deutsche Volk hat seine Waffen zerstört.

Bauend auf die Vertragslehre seiner ehemaligen Kriegsgegner hat es selbst die Verträge in geradezu fanatischer Treue erfüllt. Zu Wasser, zu Lande und in der Luft wurde ein unermessliches Kriegsmaterial abgerüstet, zerstört und verschrottet. An Stelle einer einzigen Millionenarmee trat nach dem Wunsche der Diktatormächte ein kleines Berufsheer mit militärisch völlig belangloser Ausstattung. Die politische Führung der Nation aber lag zu dieser Zeit in den Händen von Männern, die geistig nur in der Welt der Siegerstaaten wurzelten. Mit Recht konnte das deutsche Volk erwarten, daß schon aus diesem Grunde die übrige Welt ihr Versprechen so einlösen würde, wie das deutsche Volk im Schweiße seiner Arbeit unter tausendfältiger Not und unsagbaren Entbehrungen an der Einlösung der eigenen Vertragspflicht tätig war.

Kein Krieg kann Dauer zu stand der Menschheit werden. Kein Friede kann die Verewigung des Krieges sein: Einmal müssen Sieger und Besiegte den Weg in die Gemeinschaft des gegenseitigen Verständnisses und des Vertrauens wiederfinden.

Eineinhalb Jahrzehnte hat das deutsche Volk gehofft und gewartet, daß das Ende des Krieges endlich auch das Ende des Hasses und der Feindschaft werde.

Allein der Zweck des Friedensvertrages von Versailles erschien nicht der zu sein, der Menschheit den endlichen Frieden zu geben als vielmehr, sie in unendlichem Hass zu erhalten. Die Folgen könnten nicht ausbleiben. Wenn das Recht endgültig der Gewalt weicht, wird eine dauernde Unsicherheit den Ablauf aller normalen Funktionen im Völkerleben stören und hemmen. Man hatte beim Abschluß des Vertrages völlig vergessen, daß der

Wiederanbau der Welt nicht durch Sklavenarbeit einer vergewaltigten Nation, sondern nur durch die vertrauliche Zusammenarbeit aller gewährleistet werden kann.

Das deutsche Volk ist zutiefst von seiner Schuldlosigkeit am Kriege überzeugt. Es mögen die anderen Teilnehmer an diesem tragischen Unglück ohne weiteres die gleiche Überzeugung hegen. Um wieviel notwendiger ist es dann, daß die Erinnerungen an diese Katastrophe der Völker zu diesem Zwecke nicht auch noch künstlich konserviert werden, daß nicht dadurch eine unnatürliche ewige Rechtsungleichheit entsteht, die die einen mit begreiflichem Hochmut, die anderen aber mit bitterem Grimm erfüllt.

Einem erschütternden Verfall des wirtschaftlichen Lebens folgte ein nicht minder bedrohlicher allgemein politischer. Die Wohlfahrt der Völker ist nicht größer und ihre menschliche Zufriedenheit nicht innerlich tiefer geworden!

Erwerbslosenarmeen entstanden und formierten sich zu einem neuen Stande der Gesellschaft, und während so wirtschaftlich das Gefüge der Nationen erschüttert wird, beginnt sich auch ihr gesellschaftliches Gefüge allmählich zu lockern. Unter diesen Auswirkungen des Friedensvertrages und der dadurch bedingten allgemeinen Unsicherheit hatte am meisten Deutschland zu leiden. Die Zahl der Erwerbslosen stieg auf ein Drittel der normalen Erwerbsleben stehenden Menschen der Nation. Es war nur eine Frage der Zeit, wann dieses Heer der wirtschaftlich Enterbten zu einer

Armee politisch und gesellschaftlich der Welt entsremder Fanatiker

werden mußte! Eines der ältesten Kulturländer der heutigen zivilisierten Menschheit stand mit über 6 Millionen Kommunisten am Rande einer Katastrophe.

Wäre erst der rote Aufruhr als Feuerbrand über Deutschland hinweggerast, so würde man wohl auch in den westlichen Kulturländern Europas einsehen gelernt haben, daß es nicht gleichgültig ist, ob am Rhein und an der Nordsee die Vorposten eines geistig-revolutionär, expansiven asiatischen Weltreiches Wahe stehe oder friedliche deutsche Bauern und Arbeiter, in aufrichtiger Verbundenheit mit den übrigen Völkern Europas nur in redlicher Arbeit sich ihr Brot verdienen wollen.

Indem die nationalsozialistische Bewegung Deutschland vor dieser drohenden Katastrophe zurückgerissen hat, rettete sie nicht nur das deutsche Volk, sondern erwarb sich auch ein geschichtliches Verdienst um das übrige Europa.

Diese nationalsozialistische Revolution verfolgt nur ein Ziel:

Wiederherstellung der Ordnung in unserem eigenen Volke, Schaffung von Arbeit und Brot für unsere hungernden Massen, Proklamation der Begriffe von Ehre, Treue und Anständigkeit als Elemente einer sittlichen Moral, die anderen Völkern keinen Schaden zufügen kann, sondern höchstens allgemeinen Nutzen.

Wenn die nationalsozialistische Bewegung nicht die Repräsentanz eines idealen Ideengutes wäre, hätte es ihr nicht gelingen können, unser Volk vor der letzten Katastrophe zu retten. Sie ist diesem Ideengut nicht nur in der Zeit ihres Kampfes um die Macht, sondern auch in der Zeit des Besitzes der Macht treu geblieben.

Was immer sich in Verwölfheit, ehrloser Gestaltung, Betrug und Korruption in unserem Volk seit dem unstilligen Vertrage von Versailles angesammelt hatte, wurde von uns angegriffen und bekämpft. Seit acht Monaten führen wir einen heroischen Kampf gegen die kommunistische Bedrohung unseres Volkes, die Verrottung unserer Kultur, Versehung unserer Kunst und Vergiftung unserer öffentlichen Moral. Der Leugnung Gottes, der Beschimpfung der Religion haben wir ein Ende gesetzt. Wir sind der Vorlehung zu demütigem Danke verpflichtet, daß sie unseren Kampf gegen die Not der Arbeitslosigkeit, für die Rettung des Bauern nicht erfolgslos fehlte. Im Zuge eines Programms, für dessen Durchführung wir vier Jahre errechneten, sind in knapp acht Monaten von 6 Millionen Arbeitslosen über 2 Millionen wieder einer nützlichen Produktion zugeschickt worden.

Der beste Belege für diese ungeheure Leistung ist das deutsche Volk selbst. Es wird der Welt beweisen, wie sehr es unter einem Regiment steht, das kein anderes Ziel kennt als mit Werken friedlicher Arbeit und gestalteter Kultur mitzuhelfen am Wiederanbau einer heute wenig glücklichen Welt.

Diese Welt aber, der wir nichts zuleide tun, und von der wir nur eines wünschen, daß sie uns friedlich arbeiten lassen möge, verfolgt uns seit Monaten mit einer

Flut von Lügen und Verleumdungen.

Während sich in Deutschland eine Revolution vollzog, die nicht wie die französische oder russische Revolutionen an Menschen abschlachte, die nicht Gefoltern ermordete, die nicht Kulturbauten und Kunstdenkmäler vernichtete, bei der im Gegenteil nicht ein einziges Schaufenster zertrümmert, kein Geschäft geplündert und kein Haus beschädigt wurde, verbreiten gewissenlose Hölzer eine Flut von Greuelnachrichten, die nur verglichen werden können mit den von den gleichen Elementen fabrizierten Lügen zu Beginn des Krieges.

Zehntausende Amerikaner, Engländer und Franzosen sind in diesen Monaten in Deutschland gewesen und konnten mit eigenen Augen feststellen,

dass es kein Land der Welt gibt mit mehr Ruhe und mehr Ordnung als das heutige Deutschland.

dass in keinem Lande der Welt die Person und das Eigentum höher respektiert werden können als in Deutschland, daß allerdings vielleicht auch in keinem Lande der Welt ein schärferer Kampf geführt wird gegen diejenigen, die als verbrecherische Elemente geladen, ihre niederen Instinkte zuungunsten ihrer Mitmenschen frei austoben lassen zu können.

Diese und ihre kommunistischen Helfer sind es, die sich als Emigranten bemühen, ehrliche, anständige Völker gegeneinander zu heizen.

Wir sind überzeugt, daß wenige Jahre genügen werden, um den ehrliebenden Angehörigen anderer Völker gründlich die Augen zu öffnen über den inneren Wert dieser Elemente.

Was würde aber diese Welt wohl über Deutschland sagen, wenn hier etwa zugunsten eines Subjekts, das das Britische Parlament in Brand zu stecken versucht hätte, eine Untersuchungskommission ausgeführt würde, deren einziger Sinn nur der sein könnte, die britische Justiz und ihre Richter unter den Wert eines solchen Galions zu stellen. Als Deutscher und

Nationalsozialist hätte ich kein Interesse daran, in Deutschland für einen Ausländer einzutreten, der in England den Staat und die dortigen Gesetze zu unterminieren versucht oder gar der Repräsentation der englischen Verfassung mit Feuer zu Leibe geht.

Wir sind tieftraurig, daß durch solche Methoden Völker verhext und entfremdet werden, von denen wir wissen, daß sie innerlich turmhoch über diesen Elementen stehen. Völker, die wir achten wollen und mit denen wir in aufrichtiger Freundschaft zusammenleben möchten. Es ist diesen verwerflichen und minderwertigen Subjekten gelungen, in der Welt eine Psychose von frankhafter und hysterischer Zwiespältigkeit gegen das deutsche Volk hervorzu rufen. Nach Bedarf wird das deutsche Volk bald als bedauernswert unglücklich und unterdrückt, bald aber als brutal und angriffswohlig der Welt vorgestellt.

Ich fasse es als Zeichen eines edleren Gerechtigkeits sinnes auf, daß der französische Ministerpräsident Daladier in seiner letzten Rede Worte des versöhnlichen Verstehens gefunden hat, für die ihm unzählige Millionen Deutsche innerlich dankbar sind. Das nationalsozialistische Deutschland hat keinen anderen Wunsch,

als den Wettkampf der europäischen Völker wieder auf die Gebiete hinzulernen, auf denen sie der ganzen Menschheit in der edelsten gegenseitigen Rivalität jene unerhörten Güter der Zivilisation, der Kultur und Kunst gegeben haben,

die das Bild der Welt hente bereichern und verschönern. Ebenso nehmen wir in hoffnungsvoller Bewegtheit von der Versicherung Kenntnis, daß die Französische Regierung unter ihrem jetzigen Chef nicht beabsichtigt, das deutsche Volk zu kränken oder zu demütigen. Wir sind ergriffen bei dem Hinweis auf die leider nur zu traurige Wahrheit, daß diese beiden großen Völker so oft in der Geschichte das Blut ihrer besten Jünglinge und Männer auf den Schlachtfeldern geopfert haben. Ich spreche im Namen des ganzen deutschen Volksstums, wenn ich versichere, daß wir alle von dem aufrichtigen Wunsche erfüllt sind, eine Feindschaft auszutilgen, die in ihren Opfern in keinem Verhältnis steht zu irgend einem möglichen Gewinn. Das deutsche Volk ist überzeugt, daß seine Waffenehre in tausend Schlachten und Gefechten rein und makellos geblieben ist, genau so wie wir auch im französischen Soldaten nur unseren alten, aber ruhmreichen Gegner sehen. Wir und das ganze deutsche Volk würden glücklich sein bei dem Gedanken, den Kindern und Kindeskindern unseres Volkes das zu ersparen, was wir selbst als ehrenhafte Männer in bitterlangen Jahren an Leid und Qualen ansehen und selbst erdulden mußten.

Als Nationalsozialist lehne ich es mit allen meinen Anhängern ab, Menschen eines fremden Volkes, die uns doch nicht lieben werden, mit Blut und Leben derer zu gewinnen, die uns lieb und tener sind. Es würde aber ein gewaltiges Ereignis für die ganze Menschheit sein, wenn die beiden Völker einmal für immer die Gewalt aus ihrem gemeinsamen Leben verbannen möchten. Das deutsche Volk ist dazu bereit.

Indem wir freimütig die Rechte geltend machen, die uns nach den Verträgen selbst gegeben sind, will ich aber genau so freimütig erklären, daß es darüber hinaus zwischen den beiden Ländern keine territorialen Konflikte mehr für Deutschland gibt.

Nach der Rückkehr des Saargebiets zum Reich könnte nur ein Wahnsinniger an die Möglichkeit eines Krieges zwischen den beiden Staaten denken, für den, von uns aus gesehen, kein moralisch und vernünftig zu rechtfertigender Grund mehr vorhanden ist. Denn niemand könnte verlangen, daß, um eine Korrektur der derzeitigen Grenzen von problematischem Umfang und ebensolchem Wert zu erreichen, eine Millionenzahl blühender Menschen leben vernichtet würde!

Wenn der französische Ministerrat aber fragt, warum dann die deutsche Jugend marschiere und in Reich und Staat antrete, dann nicht, um gegen Frankreich zu demonstrieren, sondern um jene politische Willensbildung zu zeigen, die zur Niederwerfung des Kommunismus notwendig war und zur Niederhaltung des Kommunismus notwendig sein wird.

Es gibt in Deutschland nur einen Waffenträger, und dies ist die Armee. Und es gibt umgekehrt für die nationalsozialistischen Organisationen nur einen Feind, und dies ist der Kommunismus.

Die Welt muß sich aber damit abfinden, daß das deutsche Volk für seine innere Organisation zur Bewahrung unseres Volkes vor dieser Gefahr diejenigen Formen wählt, die allein einen Erfolg garantieren können. Wenn die übrige Welt sich in unzerstörbaren Festungen verschanzt, ungeheure Fluggeschwader baut, Riesentanks konstruiert und enorme Geschütze gießt, kann sie nicht von einer Bedrohung reden, weil deutsche Nationalsozialisten waffenlos in Biererfolkommen marschieren, um der deutschen Volkgemeinschaft sichtbaren Ausdruck und wirksamen Schutz zu verleihen.

Wenn aber weiter der französische Ministerpräsident Daladier die Frage erhebt, warum denn Deutschland Waffen fordere, die doch später beseitigt werden müßten, so liegt hier ein Irrtum vor.

Das deutsche Volk und die Deutsche Regierung haben überhaupt nicht Waffen, sondern Gleichberechtigung gefordert.

Wenn die Welt beschließt, daß sämtliche Waffen bis zum letzten Maschinengewehr beseitigt werden: Wir sind bereit, sofort einer solchen Konvention beizutreten.

Wenn die Welt beschließt, daß bestimmte Waffen vernichtet sind, wir sind bereit, auf sie von vornherein zu verzichten.

Wenn die Welt beschließt, daß bestimmte Waffen zu billigt, sind wir nicht bereit, uns grundsätzlich als minderberechtigtes Volk davon ausschließen zu lassen!

Wenn wir diese unsere Überzeugung vertragen, sind wir für die anderen Völker anständigere Partner, als wenn wir gegen diese Überzeugung bereit wären, demütigende und entehrnde Bedingungen anzunehmen. Die Dellaßierung zu einem nicht gleichberechtigten Mitglied des Völkerbundes oder der Konferenz ist für eine eheliebende Nation und Regierung eine unerträgliche Demütigung.

Das deutsche Volk hat seine Ausrüstung bis zum Übermaß erfüllt. Die aufgerüsteten Staaten wären nunmehr an der Reihe, die analogen Verpflichtungen nicht minder einzulösen. Die Deutsche Regierung nimmt an dieser Konferenz nicht teil, um für das deutsche Volk einzelne Kanonen oder Maschinengewehre herauszuhandeln, sondern um gleichberechtigt an der allgemeinen Weltbefriedung mitzuwirken. Die Sicherheit Deutschlands ist kein geringeres Recht als die Sicherheit der anderen Nationen. Die Verteidigungsanlagen der anderen Völker sind gegen schwerste Angriffswaffen gebaut, während Deutschland keine Angriffsrafa, sondern nur eine Verteidigungswaffe fordert, die auch in Zukunft nicht verboten, sondern sämtlichen Nationen gestattet sind. Auch hier ist Deutschland von vornherein bereit, sich zahlenmäßig mit einem Mindestmaß zu bewapnen.

Die bewusste Dellaßierung unseres Volkes empfinden wir als die Verwiegung einer Diskriminierung, die für uns unerträglich ist. Die Männer, die heute Deutschland führen, haben nichts gemein mit den besoldeten Landesverrättern des November 1918.

Wir hängen in genau so grenzenloser Liebe an unserem Volke wie wir aus dieser Liebe herans eine Verständigung mit den anderen Völkern wünschen und zu erreichen suchen. Es ist für uns aber unmöglich, an Institutionen teilzunehmen unter Voransetzung, die nur für einen Unehrlichen exträglich sind. Die Welt kann nur ein Interesse daran besitzen, mit Ehrenmännern zu verhandeln und

Verträge abzuschließen, sie muss dann aber auch ihrerseits dem Ehrgefühl und Ehrenempfinden eines solchen Regiments Rechnung tragen, wie auch wir dankbar sind, mit Ehrenmännern verkehren zu können.

Das ist aber um so notwendiger, als nur aus einer solchen Atmosphäre heraus die Maßnahmen zu finden sind, die nur zu einer wirklichen Befriedung der Völker führen. Denn der Geist einer solchen Konferenz kann nur der einer aufrichtigen Verständigung sein, oder der Ausgang aller dieser Versuche ist von vornherein zum Scheitern bestimmt.

Indem wir aus den Erklärungen der offiziellen Vertreter einer Reihe Großstaaten entnommen haben, daß von ihnen an eine wirkliche Gleichberechtigung zur Zeit nicht gedacht wird, ist es diesem Deutschland zur Zeit auch nicht möglich, sich weiterhin in einer so unwürdigen Stellung anderen Völkern aufzudrängen.

Drohungen mit Gewalt

Lönnten nur Rechtsbrüche sein

Die Deutsche Regierung ist zutiefst erfüllt von der Überzeugung, daß ihr Appell an die ganze deutsche Nation der Welt beweisen wird, daß die Friedensliebe der Regierung genau so wie ihre Herausfassung Friedenssehnsucht und Ehrengedanken des ganzen Volkes sind.

Möge die Welt aus diesem Bekanntnis die Überzeugung entnehmen, daß das deutsche Volk sich in diesem Kampf um seine Gleichberechtigung und Ehre restlos identisch erklärt, mit seiner Regierung, daß aber beide in tiestem Grunde von keinem anderen Wunsche erfüllt sind als mitzuhelfen, eine menschliche Kappe tragischer Verirrungen, bedauerlicher Haders und Kampfes zwischen denen zu beenden, die als Bewohner des kulturell bedeutungsvollsten Kontinents der ganzen Menschheit gegenüber auch in Zukunft eine gemeinsame Mission zu erfüllen haben."

Und Deutschland hat die Ausrüstung des eigenen Armes gewählt.

Dürfen wir eine Deutung des Titels dieser Ausführungen, die uns nicht eindeutig erscheinen, wagen? Es ist so, als wenn man sich hier vor allem darüber herzlich freute, daß ein langwieriges, Polen beunruhigendes Spiel Frankreichs und Englands zugunsten . . . leichten Endes . . . Deutschlands eben durch Deutschland stürmisch gekrönt wurde, so daß zunächst Frankreich und England als die Geschädigten erscheinen. Je größer die Bestürzung in Paris und in London — könnte man annehmen — desto heller ist die freudige Stimmung in Warschau, wo man schon die weiteren Folgen „der Befreiung des Nezes von Fiktionen“ aus dem Ader der Zukunft sprühen möchte und zwar in Gestalt einer Deutschland umzingelnden Allianz . . . Aber diese Allianz hat es schon immer gegeben. Sie hat heute nur ihre Engels-Maske verloren!

Fünf Minuten vor Zwölf¹⁴

Das rechtsnationalistische „ABC“-Blatt stimmt im Leitartikel einen jubilierenden Ton an, der angesichts der Dinge, um die es geht, geradezu unheimlich wirkt. Das Blatt philosophiert nicht, macht keine geheimnisvollen Andeutungen, sondern läßt alle Hüllen fallen, als ob nichts mehr zu verheimlichen wäre.

„Die Masterade ist beendet!“ — ruft es aus. „Die Masken der Heuchelei sind gefallen, und vor den Augen der Welt steht die bedrohliche Wirklichkeit in ihrer ganzen Strenge. Wir sehen keine Gründe zum Jammern und Klagen. Im Gegenteil! Es ist gut geschehen. Hitler gebürtigte die Dankbarkeit seiner Zeitgenossen für die Umstaltung der Fiktion, welche in den letzten Jahren alle politischen Kräfte Europas in einem Lähmungsstande hielt.“

„Die Situation ist klar geworden.“ Das Krachen der von Neurath zugeschlagenen Tür hat den angenehmen Genfer Schlummer endgültig unterbrochen . . . Das trojanische Pferd ist vor den Toren Trojas erschienen.“ . . .

„Heute muß ganz Europa verstehen, daß der letzte Augenblick gekommen ist, in dem es noch nicht zu spät ist, sich zu besinnen . . . Hitler hat Europa eine Lehre gegeben und Europa muß aus dieser Lehre alle Konsequenzen ziehen.“

„. . . Es gibt nicht viele Wege zur Wahl . . . Deutschland hat sich selbst zur völligen Isolierung verurteilt.“

„. . . Wenn sich die westliche Politik zur charaktervollen Rücksichtslosigkeit heute noch immer nicht aufzuschwingen vermögt, dann würde sich die Zukunft Europas in den schwarzesten Farben abzeichnen. Fünf Minuten vor zwölf! . . .“

Trompetentisch und Trommelwirbel . . . Kommando-Aufe hinter der Bühne . . . Shakespeare im Warschauer ABC-Format.

Polnischer Schritt in Danzig.

Einer Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur folge hat der polnische Generalkommissar Dr. Papé in Danzig bei dem Danziger Senat wegen eines Überfalls von Nationalsozialisten auf eine polnische Gastwirtschaft und drei Privathäuser in Lamenstein, einem Dorf im Freistaatgebiet, Protest erhoben, und Sühne für diese Ausschreitungen gefordert.

Eine „betrunkenen Geschichte“.

Von amtlicher Danziger Seite wird zu dem oben geschilderten Vorfall folgende Darstellung des Sachverhalts gegeben:

Am 11. d. M. ist es in den Abendstunden zu Zusammenstößen im Orte Lamenstein gekommen. Im Laufe des späteren Nachmittags hatte sich eine Anzahl jüngerer Männer in einem Gasthaus zusammengefunden und dabei auch alkoholische Getränke zu sich genommen. Auf dem Heimwege wurden zwei von ihnen von drei fremden unbekannten Männern überfallen und verletzt. Die überfallenen benachrichtigten ihre noch im Gasthaus zurückgebliebenen Kameraden. Dann machten sich alle zusammen auf die Suche nach den Tätern, die sie in einem anderen Gasthaus vermuteten. Der Besitzer dieses Gasthauses gilt im Ort als Pole. Hier nahmen sie zunächst weitere alkoholische Getränke zu sich. Nach kurzer Zeit kam es zu einer Schlägerei mit in der Wirtschaft anwesenden Personen. Dabei wurden auch einige Flaschen, Gläser und andere Gegenstände zerstört. Da ein Teil der Gäste die Wirtschaft durch einen zweiten Ausgang verlassen hatte, folgten

Der Briefsträger kommt

in den Tagen bis zum 22. Oktober zu unseren Post-Abonnenten, um den Abonnementsbetrag für den Monat November in Empfang zu nehmen. Wir bitten, von dieser bequemen Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen, denn sie verursacht keine besonderen Kosten, gewährleistet aber pünktliche Weiterlieferung der Zeitung. Postbezugspreis für den Monat November 4.89 Roty.

ihnen die durch den genossenen Alkohol stark beeinflußten jungen Männer und suchte noch zwei in der Nähe befindliche Grundstücke ab. Bei dieser Suche beschädigten sie in ihrer Trunkenheit einige Fensterscheiben und drückten eine Tür ein, sie sollen auch Einwohner mit Bedrohung bedroht haben.

Die sofort mit allem Nachdruck betriebenen Ermittlungen der Kriminalpolizei haben schon am nächsten Tage zur Festnahme von acht an den Ausschreitungen beteiligten Männern geführt. Das gerichtliche Verfahren gegen sie ist eingeleitet, sie befinden sich in Haft. Die Ausschreitungen werden in ihrerzeit freigesetzt werden.“

Wir hoffen, daß auch die etwas drastischeren Überfälle auf acht deutsche Heime in Ost-Oberschlesien eine schnelle Sühne finden möchten.

Pause in den deutsch-polnischen Roggenverhandlungen

Im Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Verhandlungen über eine Verständigung in bezug auf die Roggenausfuhr wurde ein gemeinsames Communiqué folgenden Inhalts herausgegeben:

Am 11. d. M. haben in Berlin im Reichsernährungsministerium und im Landwirtschaftsministerium die deutsch-polnischen Roggenverhandlungen begonnen. Bei dem allgemeinen Meinungsaustausch kam man dahin überein, daß eine Verständigung, die den Roggenmärkten einen internationalen Schutz geben würde, grundsätzlich im wirtschaftlichen Interesse der beiden Länder liegt. Die Verhandlungen werden gegenwärtig auf einige Tage unterbrochen und im Laufe der nächsten Woche wieder aufgenommen. Sie verfolgen den Zweck, der eventuellen Verständigung eine konkrete Form zu geben.

Christentum und völkischer Gedanke.

Eine Rede des Reichsbischofs.

Im Rahmen der Eisenacher Lutherfestwoche hielt der Reichsbischof eine Rede, die dadurch besonders bedeutungsvoll war, daß hier zum ersten Male der Reichsbischof als Sprecher der Kirche sich mit den Anhängern der germanischen Religion auseinandersetzte.

„Es ist unverständlich“ — führte der Reichsbischof aus — „daß heute in manchen Kreisen unserer deutschen Freiheitsbewegung von der Gefährdung des Staates durch kirchliche Aktivität gesprochen wird. Man malt sogar das Gespenst kirchlicher Bekämpfung der völkischen Erneuerung an die Wand und spricht von Germanenverfolgung. Solche Nachrichten sind irreführend, unwahr und gefährlich.“

Der Staat Adolf Hitlers steht auf dem Boden des positiven Christentums.

Er hat den Kirchen seinen Schutz versprochen, aber auch selbstverständlich verlangt, daß die Kirchen mithelfen am Aufbau vom Volk und Vaterland.

Wer der Ansicht ist, den Boden positiven Christentums nicht betreten zu können, wird von unserer Kirche auch ganz sicher nicht belästigt und bestimmt nicht verfolgt werden. Wenn jemand von Christus nichts wissen will, so ist das in seinem eigenen Interesse sehr bedauerlich, und wenn er sich eine christuslose Weltanschauung zurechlegt, wird er auf seine Weise erleben, wohin das innerlich führt.

Positives Christentum arbeitet durch Verkündigung, nicht durch Gewalt. Wer die Mission der Kirche aber so hinstellt, als sei sie der völkischen Erneuerung hinderlich, der entstellt die Wahrheit. Durch solche Unwahrhaftigkeit wird in die Reihen der deutschen Freiheitsbewegung Unruhe hineingetragen, die überflüssig und sicher nicht nützlich ist. Die Deutsche Evangelische Kirche hat die Aufgabe, das Evangelium Christi so im deutschen Lande zu verkünden, daß der deutsche Mensch unserer Tage die Lebensnähe dieser frohen, innerlich befriedenden Botschaft spürt und erlebt. Von der Erfüllung dieser Aufgabe wird uns nichts abhalten. Wir gehen unseren Weg mit Begeisterung, Gottvertrauen und Verantwortungsbewußtsein.

Eins aber muß einmal ganz klar gesagt werden: Manche unserer Kameraden in der deutschen Freiheitsbewegung sehen die Dinge des kirchlichen und religiösen Lebens deshalb falsch, weil sie zu sehr verstanden es missig an die Fragen und an das Geheimnis des Innenselbstes herangehen. So sagen sie Christus war ein Jude — darum ist auch das Christentum verjudet; wir wollen nichts davon wissen. Diese Denkweise ist deshalb irreführend und innerlich unrecht, weil sie dem schnellen und oberflächlichen Denkenden eine objektiv unwahre Linie zeigt; denn nach dieser Gedankensführung sieht es so aus, als ob das Christentum aus dem Judentum herausgewachsen wäre. Ich muß meinen Kameraden der Freiheitsbewegung, die so denken, herzlich empfehlen: Nehmt einmal die Evangelien zur Hand und lest das, was Christus gesagt hat, lest es aber mit dem Herzen und mit innerlich ehrlichem Suchen. Ihr werdet es selbst erleben: Das Christentum ist im Kampf gegen das Judentum geworden. — Die Jungen haben fast alle ihre Wahrheitszeuge umgebracht. Bis sie zuletzt Christus selbst ans Kreuz geschlagen haben. Dieses Judentum ist heute noch der erbitterteste Feind des Christentums. Wer darum nicht die Geschäfte All-Judas besorgen will, der mache die Augen auf, trete bewußt ein in die Reihen der Kämpfer Christi, helfe mit seinem Volk, seiner Kirche und sei ein Zeuge der Wahrheit, die Christus selbst bezeugt hat.“

Die Lügen des Braunbuchs werden widerlegt!

Der Hausinspektor des Reichstags wird vernommen.

Wir fahren zunächst in unserem Bericht über die Freit Verhandlung im Reichstags-Brandstifter-Prozeß fort. Wir waren bei der Schilderung der Festnahme von der Lubbe durch den unsichtigen **Hausinspektor Scranowitz** stehen geblieben. Das Verhör nahm weiterhin folgenden Verlauf:

Oberrechtsanwalt Werner: Der Zeuge Poeschel hat gelagt, Sie hätten sich nach der Festnahme von der Lubbe dahin geäußert, daß unten im Keller noch andere Täter sein müßten.

Zeuge: Ich habe gesagt,

das kann nicht einer gemacht haben, das müssen mindestens sechs bis acht Mann gewesen sein.

Das war meine damalige Überzeugung: Das konnte kein Mensch allein fertigkriegen.

Dr. Sack: Kennen Sie Torgler und wissen Sie, daß er oft lange arbeitete? Zeuge: Torgler hat oft ziemlich lange gearbeitet und auch viele Akten bei sich gehabt.

Vorsitzender zum Zeugen Scranowitz: In der ausländischen Presse ist behauptet worden, daß Sie am Nachmittag des 27. Februar verschiedene Angehörige des Reichstagspersonals vorzeitig entlassen hätten. Ist das richtig? Zeuge: Ich hatte weder die Befugnis, jemanden vorzeitig zu entlassen, noch habe ich es getan. Vorsitzender: Ist der Dienst an diesem Nachmittag genau so gewesen wie er an jedem anderen Nachmittag gewesen sein würde?

Zeuge: Jawohl, ebenso.

Rechtsanwalt Dr. Sack fragt, ob seit dem 30. Januar d. J. ein größerer Personalwechsel in der Reichstagsverwaltung stattgefunden habe. Die Frage wird von dem Zeugen verneint. Er bestätigt, daß das Personal noch dasselbe sei wie vor dem 30. Januar.

Der Oberrechtsanwalt hält dem Zeugen dann eine ausländische Pressemeldung vor, wonach es überhaupt nicht möglich gewesen sei, daß Brandmaterial in den Reichstag hineingebracht wurde. Der **Hausinspektor Scranowitz** habe die Eingänge genau überwacht und auch von Zeit zu Zeit bei den Kommunisten Spindrevisionen vornehmen lassen.

Der Zeuge erwidert,

dass er gar nicht die Berechtigung gehabt habe, Spindrevisionen vorzunehmen.

Wenn solche erfolgt seien, dann nur von der Kriminalpolizei. Es sei bei diesen Revisionen lediglich deshalb zu gegen gewesen, weil er die Schlüssel zu verwalten hatte.

Landgerichtsdirektor Parrikins kommt noch auf eine Stelle des berüchtigten Braunbuches zu sprechen, an der es heißt: "Der nationalsozialistische **Hausinspektor** befahl den Beamten, den Dienst für diesen Tag zu beenden, da doch nichts zu tun sei." Sie haben ja schon gesagt, Herr Zeuge, daß das nicht der Fall war. Vielleicht können Sie aber in bezug auf diese Notiz im Braunbuch noch etwas über Ihre politische Stellung sagen.

Zeuge: Als ich 1904 in den Reichstag kam, war da ein Fraktionsdienner Maß, der gleich damals sagte: Scranowitz, wir sind hier Beamte des Reichstags, wir müssen allen Parteien dienen, ich gebe dir den guten Rat, schließe dich keiner Partei an. Ich habe diesen guten Ratschlag befolgt. Bis heute habe ich keiner Partei angehört. Wohl bin ich aber rechts gesonnen.

Dr. Sack stellt noch eine Ergänzungsfrage an den Polizeileutnant Lateit. Er erklärt, er lehne es ab, einen Beweisantrag in dieser Frage zu stellen. Es werde nämlich behauptet, Lateit hätte die drei Polizeibeamten, mit denen er zuerst in den Reichstag kam, besonders zusammen gestellt, um mit ihnen durch den Reichstag zu gehen.

Der Zeuge verneint das und bestätigt, daß es sich um Beamte handelte, die gerade am nächsten standen und die er einfach nahm, wie sie da standen.

Dr. Sack: Also nicht drei Tage vorher verabredet?

Der Zeuge lacht und verneint.

Die Verhandlung wird dann auf Sonnabend vertagt, von der Lubbe läßt sich nicht mehr die Nase putzen

Als Beweis für die völlig gleichgültige Haltung des Hauptangellagten von der Lubbe muß die Tatsache gelten, daß er sich seit Tagen nicht mehr allein die Nase putzt. Früher reichten ihm sein Rechtsanwalt und der holländische Dolmetscher abwechselnd das Taschentuch, wenn es nötig war. Dann ging die Apathie so weit, daß die beiden Herren ihrem Klienten regelrecht die Nase putzen mußten. Als der Dolmetscher diese hygienische Fürsorge am Freitag wieder fortsetzen wollte, setzte von der Lubbe ihm aber Widerstand entgegen, indem er seinen stets gesenkten Kopf wegzog und zwischen die Beine stemmte.

Bier ausländischen Rechtsanwälten wird die Dauerzuhörerkarte entzogen.

Zu Beginn der Sonnabend-Verhandlung im Reichstagsbrandstifterprozeß gab Senatspräsident Dr. Bünger eine längere Erklärung ab, die sich auf das Verhalten von vier ausländischen Rechtsanwälten bezieht, die als Zuhörer an den bisherigen Verhandlungen teilnehmen durften. Diese vier Anwälte, es handelt sich um den in Paris lebenden bulgarischen Anwalt Detcheff, den bulgarischen Anwalt Grigorovoff, den amerikanischen Anwalt Galagher und den französischen Rechtsanwalt Willard, haben in einem Schreiben an den Verteidiger der Bulgaren, Rechtsanwalt Dr. Teichert, schwer beleidigende Anwürfe gegen Untersuchungsbeamte, insbesondere den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, erhoben. Im Hinblick darauf hat Senatspräsident Dr. Bünger ihnen nunmehr ihre Dauerzuhörerkarten entzogen. In einer Verhandlungspause wurden die vier Anwälte aus dem Saale entfernt und zur Vernehmung ins Polizeipräsidium gebracht.

Rechtsanwalt Dr. Sack, der zunächst ein Schreiben des angeblich ausgewiesenen brasilianischen Journalisten Castello verliest, worin dieser die Lügen um seine Person zurückweist, bittet dann festzustellen, ob der für heute als Zeuge geladene Oberbranddirektor Gempp derselbe sei, der am 27. Februar abends im Reichstag die Leitung bei der Brandlöschung hatte. Ihm sei aus dem Auslande mitgeteilt worden, daß der Branddirektor Gempp ermordet worden sein sollte.

Der Vorsitzende stellt eine entsprechende Frage an den Zeugen Gempp, der darauf erwidert, daß er derselbe Branddirektor Gempp sei, der die Löschung des Brandes am 27. Februar geleitet hat.

Dann wird noch einmal der **Hausinspektor des Reichs**-**taages Scranowitz** vernommen.

Oberrechtsanwalt Dr. Werner richtet an ihn noch Fragen wegen seiner Beobachtungen bei dem Brande. Dem Oberrechtsanwalt liegt der Schlußbericht der Londoner Untersuchungskommission vor, wonach ein ausländischer Korrespondent bei seinem Besuch im Reichstag am Abend des Brandes um 23 Uhr erhebliche Mengen leicht brennbarer Stoffe, Lumpen und ungeheure Mengen von Zeitungen, besonders des "Vorwärts", mit denen der Boden des Sitzungssaals belegt war, und leicht entzündbare Flüssigkeiten gesehen habe.

Zeuge Scranowitz: Zu der Zeit, als die Korrespondenten das Haus betreten konnten, konnte niemand mehr den Saal betreten, der bereits ein Flammenmeer war. Von Brandmaterial, Pappe und entzündbaren Flüssigkeiten zu sprechen, ist eine Lüge.

Die Feuerwehr war auf dem Posten!

Es wurden sodann die bei den Löscharbeiten beteiligten Brandmeister Kloß und Wald sehr ausführlich über alle Behauptungen des Londoner "Untersuchungsausschusses" vernommen, in denen von einer auffallenden Zurückhaltung der Feuerwehr die Rede war. Dabei stellten sich sämtliche Verdächtigungen als offenkundige Lügen heraus. An Hand der Zeugenaussagen und der am 27. Februar aufgegebenen Melde Telegramme der Feuerwehr konnte die aus dem Londoner Protokoll zitierte Zeugenaussage absolut einwandfrei widerlegt werden. Die Feuerwehr war schnell und in ausreichender Stärke zur Stelle.

Die eingehende Befragung der Zeugen erfolgte vor allem durch Rechtsanwalt Dr. Sack, der als Grund dafür angab: "Ich habe diese Dinge bereits dem schwedischen Rechtsanwalt Branting ansehnlich erzählt. Ich habe Branting gebeten, diese Angaben weiter zu geben, um den falschen Gerichten entgegenzutreten. Jetzt wird mir mitgeteilt, daß Kollege Branting in einer schwedischen Zeitung sich gegen mich geäußert hat."

Zu Beginn der Verhandlung am Sonnabend nachmittag teilt der Vorsitzende mit, daß der Senat beschlossen habe, den bulgarischen Angellagten Dimitroff von Montag ab wieder zur Hauptverhandlung zugelassen.

Sodann wird der Oberbrandmeister Puhle vernommen, der seine Tätigkeit während des Brandes eingehend schildert. Sein Zug sei wohl 21.8 Uhr an der Nordostecke des Reichstages eingetroffen.

Vorsitzender: Ist irgendeine Verzögerung eingetreten?

Zeuge: Keinerlei Verzögerung! Es ist im Gegenteil besonders schnell gearbeitet worden, weil bei unserem Zug noch ein Reservetrupp von vier Mann vorhanden war.

Rechtsanwalt Dr. Sack: Sie haben an einer Befreiung teilgenommen, die Oberbranddirektor Gempp einberufen hatte. Dort soll, wie das Braunbuch behauptet, Gempp seinen Brandleitern gesagt haben, die Feuerwehr sei viel zu spät alarmiert worden.

Zeuge: Eine solche Befreiung hat stattgefunden, aber daß der Oberbranddirektor eine solche Äußerung getan hätte, ist mir nicht bekannt.

Dr. Sack: Er soll sich beklagt haben, daß Reichstagspräsident Göring ihm ausdrücklich verboten hätte, sofort die höchste Alarmstufe zu verklinden.

Zeuge: Auch eine solche Äußerung hat er nicht getan.

Dr. Sack: Das ist also nicht wahr?

Zeuge: Das ist eine Lüge!

Dr. Sack: Gempp soll nach dem Braunbuch behauptet haben, es hätte in verschiedenen Zimmern Brandstiftungs material herumgelegen. Ist denn überhaupt über diese drei Punkte gesprochen worden?

Zeuge: Nein.

Oberrechtsanwalt: Welchen Zweck hatte denn diese Befreiung des Oberbranddirektors? War es eine sachmäßige Kritik?

Zeuge: Eine solche Befreiung ist wohl nach jedem größeren Brande üblich. Es ist das eine rein technische Angelegenheit!

Mehr wird in die mit Spannung erwartete

Vernehmung des Oberbranddirektors

a. D. Gempp

eingetreten. Der Vorsitzende hält Gempp die Darstellung des kommunistischen Braunbuches und ausländischer Zeitungen vor, wonach u. a. in der Befreiung mit den Brandleitern Gempp gesagt haben soll, die Feuerwehr sei zu spät alarmiert worden. Es seien 20 Mann SA bereits am Brandherd gewesen, als die Feuerwehr endlich erschien. Das wäre eine Folge der späten Alarmierung gewesen. Weiter hätte der preußische Innenminister Göring ihm ausdrücklich verboten, sofort die höchste Alarmstufe zu verklinden.

Zeuge Gempp: Ich bin bereits mehrmals zu diesem Punkt gehört worden. Ich habe in beiden Fällen diese Behauptungen als glatten Unsinn erläutern müssen. Ich habe weder SA bei meinem Eintreffen im Reichstag gesehen, noch größere Mengen von Brandmaterial. In der Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Göring hat sich folgendes abgespielt: Ich habe etwa eine Viertelstunde, nachdem ich als Oberleiter tätig war, den Ministerpräsidenten in Begleitung einiger anderer Herren an der Südseite gesehen und bin auf ihn zugegangen, um ihm als dem höchsten Polizeichef Meldung zu erstatten. Der Ministerpräsident fragte mich, ob ich den Direktor des Reichstages, Herrn Galle, gesehen hätte. Das war die einzige Frage, die er an mich gerichtet hat. Ich fragte dann weiter, ob der Ministerpräsident noch Befehle für mich habe. Er sagte: "Lassen Sie sich nicht stören! Sie haben die Verantwortung", und er ging lebhaftem Schrittes nach Portal II weiter.

Vorsitzender: Wissen Sie, wie spät es war, als der Ministerpräsident kam?

Zeuge: Ich schaue: eine Viertelstunde nachdem ich selbst eingetroffen war. Ich war inzwischen im Innern des Reichstagsgebäudes gewesen. Der Plenarsaal brannte lichterloh.

Vorsitzender: Wissen Sie, wie stark die Feuerwehr damals eingesetzt war?

Zeuge: Ich selbst bin auf die 10. Alarmstufe hin ausgerückt und habe dann weiter 15. Alarm selbst gegeben.

Vorsitzender: Was war das für eine Befreiung, die Sie hatten? War das etwas Normales oder etwas Ungewöhnliches?

Zeuge: Das war etwas durchaus Gebräuchliches. Es war eine Befreiung, wie sie nach großen und wichtigen Bränden immer stattfindet.

Vorsitzender: Eine Anweisung vom Ministerpräsidenten oder einer sonstigen vorgesetzten Stelle haben Sie nicht bekommen in dem Sinn, daß Sie nicht so schnell vorgehen sollten?

Zeuge: Das ist vollständiger Unsinn!

Oberrechtsanwalt: Was haben Sie an Brandmaterial bemerkt?

Zeuge: Nichts Besonderes, ich habe lediglich eine Fackel gesehen, die sich unter einem Klubessel in der Wandeshalle befand, sonst nur Spuren von flüssigem Brandmaterial im Bismarck-Saal, Benzol oder Benzol, was man am Geruch merkte.

Oberrechtsanwalt: Ja, das war eine halbkreisförmige Spur, die Sie als Brandspur von ausgegoßtem Material angesprochen haben. Ich muß nun nochmals die Frage ausdrücklich an Sie richten: Es wird gesagt, daß aus diesen angeblichen Anordnungen des Ministerpräsidenten Göring sich ergeben hätte, daß man wohl an einer Ausdehnung des Brandes, nicht aber an der Eindämmung interessiert gewesen wäre. Haben Sie irgend eine Beobachtung gemacht, daß von irgend einer Stelle aus Maßnahmen getroffen oder Äußerungen gefallen sind, die dahin auszulegen wären, daß man ein solches Interesse hätte?

Zeuge: Nein!

Oberrechtsanwalt: Auf die Pressemeldung über diese angebliche Äußerung hin ist am 18. Juni ein Dementi veröffentlicht worden. Es wird behauptet, daß dieses Dementi unter irgendeinem Druck gegen Sie zustande gekommen wäre.

Dr. Sack: Sogar auf Verlangen von Göring!

Zeuge: Nein!

Oberrechtsanwalt: Es wird in der Presse auch behauptet, daß Sie zum heutigen Termin aus der Haft vorgeführt worden wären. Sind Sie jemals in Haft gewesen? Ist irgendeine Maßnahme gegen Sie in bezug auf den Brand verfügt worden?

Zeuge: Nein!

Rechtsanwalt Dr. Teichert: Es sollen protokollarische Veränderungen von Ihnen verlangt worden sein!

Zeuge: Auch diese Behauptung muß ich als Unsitzen erklären. (Allgemeine Bewegung.) Das ist glatter Unsinn! Rechtsanwalt Dr. Teichert: Anscheinlich stammten diese Behauptungen von einem jetzt entlassenen Dezerrenten des Feuerlöschwesens namens Arendt, der Mitglied der SPD war. Dies scheint die Quelle zu sein, aus der diese ausländischen Behauptungen stammen.

Der Zeuge stellt dazu fest, daß Arendt bei der Befreiung teilweise auch zugegen war.

Hei lebet noch!

Rechtsanwalt Dr. Sack stellt dann an den Zeugen Gempp die Frage: Ich habe mich gewundert, daß Sie noch leben. Haben Sie irgendeine Wahrnehmung gemacht, daß man beabsichtigt hat, Sie hinter Rücken zu ermorden?

Zeuge Gempp: Ich bin wiederholt angerufen worden, ob ich der und der sei, soweit ich mich erinnere von den "Daily News" und anderen ausländischen Pressevertretern. Ich habe immer nur gesagt: Ich verstehe Sie nicht, ich bin bei bestem Wohlbefinden. Ich begreife nicht, wie solche Nachrichten in die Welt gesetzt werden können.

Die weitere Verhandlung wurde dann auf Montag vor mittag vertagt.

Aleine Rundschau.

Polnischer Schmuggler erschossen.

Nachts kamen fünf Schmuggler aus Polen bei Fürstenwald im Kreise Orlensburg über die Grenze. Sie führten Gänse in Säcken mit und wurden von deutschen Soldaten in Alt-Weder gestellt. Sofort versuchten die Polen zu fliehen. Da keiner von ihnen auf Aufruf der deutschen Beamten stehenblieb, wurde geschossen. Vier Polen entflohen über die Grenze, während einer von ihnen getroffen wurde und auf der Stelle tot war. Es handelt sich um einen 24jährigen Polen aus dem Dorfe Surrow. Der Schuß war ihm durch den Kopf gegangen. Nach Freigabe der Leiche durch das deutsche Gericht kam eine polnische Kommission und nahm die Leiche nach Polen mit.

Trockenheit in Südafrika.

Der großen Trockenheit sind in vielen Teilen Südafrikas, wie der "Daily Telegraph" meldet, bisher sechs Millionen Schafe zum Opfer gefallen. Einige Gebiete sind seit drei Jahren ohne Regen. Die Flüsse Oranie, Vaal und Impopo sind teilweise ausgetrocknet. Im Heilbronner Bezirk stehen 75 vom Hundert der Farmer vor der Verarmung und sehen sich gezwungen, ihre Besitzungen zu verlassen, wenn kein Regen eintritt. Infolge des großen Schäfferbedarfs wird die Wollernte um mindestens 90.000 Bollen geringer sein.

Neues englisches Riesen-Kriegsflugboot getauft.

Ein neues, schwer bewaffnetes Riesenflugboot für die englischen Luftstreitkräfte mit dem Namen "Perth", das in den Werken Blackburg-Flugzeugfabrik in Brough Yorkshire fertiggestellt worden ist, wurde in Anwesenheit von Beamten des englischen Luftfahrtministeriums und ausländischer Marineattachés getauft. Es handelt sich um das erste Flugboot eines neuen Typs, von dem vier Maschinen in Auftrag gegeben worden sind. Die "Perth" besitzt drei Rollsroyce-Motoren von je 930 PS, hat eine Reichweite von 1500 Seemeilen und eine Stundengeschwindigkeit von 132 Meilen. Die Ausrüstung besteht aus einer im Bug angebrachten Schnellfeuerkanone von 3,75 Zentimeter-Kaliber, die in der Minute 100 Granaten abfeuern kann, drei Maschinengewehren und einer Bombehaldung von 2000 Pfund Gewicht. Die Besatzung ist fünf Köpfe stark. Der Namensstaufe folgte eine Vorführung der Schnellfeuerkanone, mit der auf eine Unterseeboot darstellende Zielscheibe geschossen wurde.

Großerer in Berlin.

Am Sonntag abend ist in Berlin ein Großfeuer ausgebrochen. Zwei Häuserblocks im westlichen Stadtteil, in der Nähe des Hitler-Platzes, standen in Flammen. Bis Montag früh konnte das Feuer noch nicht gelöscht werden.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 16. Oktober 1933.

Krakau - 0,73, Rawicz - 2,40, Warschau + 1,00, Plock + 0,60, Thorn + 0,54, Tordor + 0,57, Culm + 0,46, Graudenz + 0,78, Kurzembrat + 0,55, - 0,10, Czernow + 0,04, Einlage + 2,22, Schlesien-Ort + ...

</

Wirtschaftliche Rundschau.

Deutsch-polnische Zwischenlösung.

Keine Maximalzölle für deutsche Waren.

Bei den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen haben beide Abordnungen ihre Vorschläge spezialisiert, und es erweist sich als notwendig, mehrere Sonderprobleme eingehend zu erörtern, so daß mit einem endgültigen Übereinkommen schon in den nächsten Tagen nicht mit Bestimmtheit zu rechnen ist. Die Abordnungen sind jedoch übereingekommen, durch Verabredung eines vorläufigen modus vivendi die Gefahr auszutüpfeln, daß das Inkrafttreten des neuen polnischen Zolltarifs am 11. Oktober und seine praktischen Auswirkungen auf den deutsch-polnischen Handelsverkehr die Verhandlungen, die sich weiter in einer günstigen Atmosphäre bewegen, gefährdet.

Es ist daher vereinbart worden, daß die Polnische Regierung für die Dauer der Verhandlungen, und zwar vorläufig bis zum 31. Oktober, auf die Anwendung der höheren Zollkolonne I ihres neuen Tarifs auf deutsche Waren verzichtet und den deutschen Waren die Verzögerung nach der niedrigeren Kolonne II zusichert, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 11. Oktober. Deutschland wird sich andererseits verpflichten, bis zum 31. Oktober keine speziell gegen die polnische Ausfuhr gerichteten Maßnahmen zu ergriffen. Diese Vereinbarung soll durch einen deutsch-polnischen Notenaustausch in Kraft gesetzt werden.

Die Gruppierung des polnischen Außenhandels nach Ländern.

In der amtlichen polnischen Außenhandelsstatistik für die ersten 8 Monate dieses Jahres steht Deutschland in der Reihe der Lieferanten Polens mit einem Anteil von 17,8 Prozent an der Gesamtumschau noch immer unbestritten an erster Stelle, obwohl dieser Anteil in der gleichen Zeitspanne des Vorjahrs noch 19 Prozent betragen hatte und in einem Monat dieses Jahres die Einfuhr aus den USA derjenigen Deutschlands vorausgerückt war. Aber bezeichnend für die Tendenz der Entwicklung bleibt, daß während der deutsche Anteil zurückgegangen ist, der der USA sich von 11,5 auf 13,3 Prozent und der Englands sich von 8,3 auf 10 Prozent verbessert hat. In weitem Abstand folgt an vierter Stelle Frankreich, dessen Einfuhranteil von 7,5 auf 6,6 Prozent zurückgegangen ist, während sich der italienische (hauptsächlich dank einer enormen einmaligen Einfuhr von Autoteilen der „Fiat“-Werke im Juli) Anteil von 3,5 auf 5,6 Prozent gehoben und sich den fünften Platz erkämpft hat. Die Bedeutung der Länder des Donauraumes im Rahmen der polnischen Einfuhr hat weiter abgenommen; es verringerten sich der Anteil der Tschechoslowakei von 5,7 auf 4,8 Prozent und der Österreich von 4,5 auf 4 Prozent weiter.

Anders verläuft die Entwicklung der Anteile der verschiedenen Fremdstaaten an der polnischen Ausfuhr. Der an erster Stelle stehende Anteil Englands hat sich von 18 auf 20,5 Prozent weiter erhöht, im gleichen Verhältnis aber auch der Anteil Deutschlands von 15,1 auf 16,4 Prozent. Der Ausfuhrüberschuss im deutsch-polnischen Handel, den in der Vergleichszeit Deutschland in Höhe von 7,2 Millionen Zloty erzielte, hat sich in der Berichtszeit in einen Ausfuhrüberschuss Polens in Höhe von 8,8 Millionen Zloty verwandelt. Diese Differenzen sind jedoch so geringfügig, daß die Bilanz dieses Handels als praktisch ungefähr ausgeglichen bezeichnet werden muß. Die USA stehen als Kunde Polens mit einem Anteil von nur 1,2 (0,9) Prozent an der polnischen Gesamtumschau völlig im Hintergrund. Der dritt wichtigste Kunde Polens ist Holland, dessen Ausfuhrranteil sich von 4,7 auf 6,8 Prozent gesteigert hat und hinter Holland folgt in kurzen Abstand bereits die Sowjetunion mit einem von 1,9 auf 6,1 Prozent gesteigerten Ausfuhrranteil. Diese beiden Plätze haben in den ersten 8 Monaten vorigen Jahres noch die Tschechoslowakei und Österreich mit Anteilen von 9,6 und 8,3 Prozent eingenommen. Doch diese Anteile haben sich in den ersten 8 Monaten dieses Jahres auf nur noch 5 und 5,2 Prozent verringert, da diese beiden Länder energische Maßnahmen zum Abbau der enormen Pflichtität ihres Handels mit Polen ergriffen haben. Vor ihnen rangiert jetzt auch noch Frankreich mit einem Ausfuhrrantell von 5,9 (5,8) Prozent und mit ihnen Schweden mit einem Anteil von 5,1 (5,7) Prozent. Es folgt Belgien mit einem Anteil von 4,7 (4,2) Prozent, während Italien seinen Anteil an der Ausfuhr Polens von 3,1 auf 2,6 Prozent stark verringert hat. Einen Anteil von mehr als 2 Prozent an der polnischen Ausfuhr hat sonst nur noch Dänemark (5,3 Prozent).

Bom polnischen Grubenholzmarkt. Wie wir aus verschiedenen Berichten, u. a. auch aus einer Stellungnahme von Seiten des polnischen Waldbesitzes entnehmen, ist die Lage am polnischen Grubenholzmarkt abnormal. Zunächst fällt der ungeheure Preissturz ins Auge, der vom Wirtschaftsjahr 1929/30 bis zum Jahre 1932/33 eingetreten ist. In dieser Zeit fielen die Durchschnittspreise für Stempel am polnischen Markt von 40 auf 17 Zloty je Festmeter loko Waggon Grube Ost-Oberschlesien. Dieser Preissturz geht über die Preisrückgänge am polnischen Holzmarkt im allgemeinen weit hinaus. Teilweise ist er naturgemäß eine Folge der schweren Krise im Bergbau, teilweise aber auch aus der Einkaufspolitik der Grubenverwaltungen zurückzuführen, die ihre Einkäufe auf ein Minimum einschränken und im Gegensatz zu früher keine Vorräte halten. Dies wiederum hatte einen Rückgang der Produktion an Grubenhölzern zur Folge, und zwar vor allem in den polnischen Staatsgebieten, für die der Verkauf von Grubenhölzern infolge der hohen Transportkosten unrentabel wurde. Die polnischen Staatsforsten, bei denen sich große Vorräte an Grubenhölzern gesammelt hatten, machten bekanntlich Anfang Juni, als sich bereits die ersten Anzeichen einer besseren Konjunktur bemerkbar machten, ein Sonderangebot an die Grubenverwaltungen, das aber lediglich von den polnischen Staatsgruben in Ost-Oberschlesien angenommen wurde, welche 15.000 Festmeter Grubenhölzern zum Preise von 16,50 Zloty je Festmeter loko Waggon Grube laufen. Lediglich die Staatsgruben besaßen daher augenblicklich ausreichende Vorräte an billig eingekauftem Grubenholz, während die anderen Kohlengruben nunmehr ihren Bedarf zu erhöhten Preisen werden eindeindücken müssen, da mit einem steigenden Anziehen der Grubenholzpreise mangels größerer Vorräte zu rechnen sein dürfte, zumal diejenigen Produzenten, welche noch trockene Ware bestehen, bei dieser Marktlage die Ware halten werden, in der Hoffnung, später, und zwar etwa zu Beginn des neuen Jahres, erheblich bessere Preise erzielen zu können.

Auslösung der Gruppe Feilenproduzenten beim Verband polnischer Metallindustrieller. Kürzlich fand in Warschau eine Hauptversammlung der Gruppe Feilenproduzenten beim Verband der polnischen Metallindustriellen statt. Nach Erstattung des Geschäftsbuches beschloß die Versammlung auf Antrag des Vorstehenden, die Gruppe Feilenproduzenten aufzulösen, und sie der Gruppe Werkzeugproduzenten anzuschließen, als einer Organisation, welche den Gesamtkomplex der Interessen der Werkzeugindustrie Polens vertreibt.

Firmennachrichten.

v. Thorn (Toruń). In der Angelegenheit des Konkursverfahrens über das Vermögen der Firma Klewesi Brojaski i t. o. Toruń Gläubigerversammlung am 27. Oktober 1933, 11 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 7.

v. Thorn (Toruń). In der Angelegenheit des Konkursverfahrens über das Vermögen des Ingenieurs K. Pudelski als Inhaber der Firma Pomorskie Załabie Elektrotechniczne in Thorn zu Zukunftsmieter zur Prüfung der Forderungen am 27. Oktober 1933, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 7.

v. Thorn (Toruń). Zwangsversteigerung des in Thorn, ul. Bydgoska 12a, belegenen und im Grundbuch Toruń, Blatt 48, auf den Namen von Bojsa, Edmund und Albert Grzeskowiak eingetragenen Grundstücks (Wohnhaus, Restaurationslokal mit Garten usw.), am 7. Dezember 1933, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 7. Schätzungspreis 54.000 Zloty.

v. Thorn (Toruń). In der Angelegenheit des Konkursverfahrens über das Vermögen der Firma Janina spółka handlowa J. Rygielski Ska, Inhaber Józef Rygielski i Tomasz Wojciech in Thorn hat das Bürgergericht das Verfahren infolge Mängels an Masse eingestellt.

v. Strasburg (Brodnicza). Zwangsversteigerung des in Strasburg belegenen und im Grundbuch Strasburg, Blatt 513, auf den Namen des Kaufmanns Paweł Bendyśłowski aus Boppo eingetragenen Grundstücks (Wohnhaus, Stall, Schuppen usw.), am 6. Dezember 1933, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 51.

Kann man von einem Aufstieg der Weltkonjunktur sprechen?

Die jüngste Wirtschaftsentwicklung in den verschiedenen Staaten.

Von Egon Gärtner.

Das deutsche Wirtschaftsleben hat in den letzten Monaten einen starken Auftrieb erhalten. Produktion und Beschäftigung steigen, die Arbeitslosigkeit wird dauernd geringer. Es besteht kein Zweifel, daß diese Erfolge nur unter Anspannung aller Kräfte und mit Einsatz aller Mittel des Staates erreicht werden könnten. Weder stehen wir an der Schwelle des Winters, und doch sehen wir in den kommenden Monaten mit sehr viel mehr Ruhe entgegen als in früheren Jahren.

Ist der Aufstieg der deutschen Konjunktur nun nur eine Teilbewegung der allgemeinen Weltkonjunktur, oder entspricht sie einer Sonderbewegung, die auf Deutschland beschränkt ist? Das Institut für Konjunkturforschung verfolgt laufend die Wirtschaftsentwicklung in den anderen Ländern und gibt jetzt in seiner neuesten Veröffentlichung eine eingehende Darstellung der Lage in den einzelnen Staaten. Die wirtschaftliche Entwicklung des Auslandes ist sehr unterschiedlich. Im Ganzen gesehen, lassen sich jedoch

deutliche Besserungstendenzen in der gesamten Weltwirtschaft feststellen. Das bemerkenswerte ist jedoch, daß dort, wo die Wirtschaftsbelebung wie in Deutschland einen größeren Umfang angenommen hat, sie auf eine Besserung des Binnenmarktes zurückzuführen ist. Die Entwicklung der Konjunktur in den verschiedenen Ländern hat also keinen gemeinsamen und einheitlichen Ursprung, sondern gewinnt ihren Antrieb aus der besonderen Lage der Volkswirtschaften. Hierzu ist auch die Feststellung wichtig, daß sich die Verfestigung des internationalen Welthandels immer mehr löst und immer mehr die Neigung der Länder hervorruft, sich auf den Binnenmarkt zu beschränken und diesen zu stärken.

Wie in der ganzen Krise schälen sich auch jetzt im Stadium der Belebung drei Gruppen von Ländern heraus, deren verschiedene Entwicklung weitestgehend durch ihre Wirtschaftsstruktur bedingt ist. Das sind die europäischen Agrarstaaten, die außereuropäischen Rohstoffländer und schließlich die Industrieländer. Am weitesten zurück in der Wirtschaftsbelebung sind die Staaten der ersten Gruppe,

die europäischen Agrarstaaten,

zum mindesten hinsichtlich der agrarischen Entwicklung. Das gilt im besonderen für Dänemark und Finnland. Dänemark stößt im Absatz seiner Butter auf große Schwierigkeiten, die durch das Ottawa-Abkommen bedingt sind. Der finnischen Viehwirtschaft wiederum sind durch die Entwertung der Eli-Krone in Estland große Schwierigkeiten erwachsen, die sich in der Verfälschung des Konkurrenzmarktes auswirken. Dagegen machen sich in beiden Staaten in der industriellen Tätigkeit Besserungssymptome bemerkbar. Estland und Lettland zeigen Anzeichen einer Industriebewegung bei nur geringer Entlastung der Agrarwirtschaft. Eine Besserung sowohl der Industriebefähigung wie auch in der Landwirtschaft hat sich dagegen in Polen durchsetzen können. Schr schließt sich nach wie vor die Lage in den südlichen Agrarstaaten. Rumänien leidet unter dem Preisrückgang für landwirtschaftliche Erzeugnisse und mußte im August sogar ein Transfer-Moratorium verkünden. Die gleichen Verhältnisse finden sich in Griechenland, während sich im Donauraum wiederum Anzeichen einer Belebung zeigen. In den europäischen Agraländern also zumeist noch starke Krise, in ihrer Industrie dagegen schon eine gewisse und zum Teil nicht unbeträchtliche Belebung.

In den außereuropäischen Rohstoffländern

war bereits eine Besserung der Wirtschaftslage eingetreten; jedoch sind in einzelnen Ländern wiederum Rückfälle eingetreten. So vor allem in Brasilien, das wieder eine Reform-Kaffee-Ernte von 30 Millionen Sac hat, obwohl davon nur etwa 18 Millionen verkauft werden können. In Argentinien ist die Lage insoweit der anhaltenden Ausfahrschwierigkeiten sehr ernst, während die chilenische Ausfuhr wieder zu steigen beginnt. Die südamerikanischen Rohstoffländer haben sich demnach nur sehr geringfügig von der Krise befreien und losmachen können. Dabei ist umso beachtlicher, daß die im Ottawa-Block zusammengeschlossenen Rohstoffländer bereits wieder einen konjunkturellen Aufstieg aufweisen. Die Südafrikanische Union hat sehr günstige Absatzmöglichkeiten für ihre Agrarprodukte in England gefunden und kann infolge der Valutaverwertung eine steigende Goldproduktion betreiben. Die Lage der Landwirtschaft ist auch in Australien wesentlich besser geworden, so daß davon jetzt auch die Verbrauchsautarkie angeregt worden ist. Kanada konnte ebenfalls infolge der Ottawa-Verträge seine Ausfuhr wesentlich steigern; auch seine Industrie erfuhr durch die Entwicklung in den Vereinigten Staaten eine beachtliche Besserung. Die

industrielle Produktion ist seit Jahresbeginn um 35,6 v. H. gestiegen.

In bemerkenswert günstigem Maße hat sich aber die Lage in den europäischen Industrieländern, sowie in den Vereinigten Staaten

entwickelt. Besonders in Amerika hat im Zusammenhang mit der Dollarnomierung und den Preissteigerungen auf den Rohstoffmärkten zunächst eine bedeutende Zunahme der Industrietätigkeit stattgefunden. Von März bis zum Juli ist der Index der Industrieproduktion um volle 88 v. H. gestiegen. Entsprechend der guten Entwicklung in der Rohstoff- wie in der Industriewirtschaft hatte die Belebung fast alle Teile der amerikanischen Wirtschaft ergriffen. Die Methoden, welche die Regierung aber bei ihrer gesetzlichen Anstrengung der Wirtschaft angewandt hatte, riefen im Laufe der Zeit starke Unzufriedenheit hervor, die dann seit Juli wieder zu erheblichen Rückfällen in allen Wirtschaftszweigen der Vereinigten Staaten führten.

Eine gewisse Sonderstellung nimmt England ein. Die Geschäftsbelebung geht ganz allmählich, dafür aber ancheinend um so sicherer vor sich. Allerdings war hier der Schrumpfungsprozeß an sich überhaupt nicht so weit vorgeschritten wie in den anderen Industrieländern. Die Aufgabe des Goldstandards hat England demnach vor einer zu großen Verstärkung der Krise bewahrt. Staatlische Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben die Wirtschaft schiedens erheblich vorangestellt. Außerdem konnte die Ausfuhr seit Anfang des Jahres stark gefestigt werden. In Frankreich, Belgien und Italien sind die Erzeugung und die Beschäftigung und auch der Umsatz in den letzten Monaten etwas gestiegen. Jedoch liegen bei allen diesen Ländern in der Sphäre des Kapitalmarktes noch zu groÙe Hemmungen, als daß hier mit einem baldigen und schnellen Aufschwung zu rechnen wäre. Raum irgendwelche Anzeichen einer konjunkturellen Wirtschaftsbelebung machen sich in der Schweiz und in den Niederlanden bemerkbar. Es sind dies überdies zwei Länder, die sich überwiegend auf die Landwirtschaft und die Ausfuhr ihrer Waren stützen müssen. Beide Wirtschaftsgebiete liegen aber überall sehr darnieder. Rückgangssymptome sind aber nicht mehr feststellbar. Österreich und die Tschechoslowakei haben ebenfalls noch dauernd mit Schwierigkeiten zu kämpfen; die Hoffnungen auf eine baldige und sichtbare Besserung sind noch sehr gering. Ausgesprochen gut ist aber die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs, die Expansion auf den Weltmärkten große Beunruhigung hervorgerufen hat.

Es ergibt sich also, daß man nur mit Vorbehalten von dem Beginn und Aufschwung einer allgemeinen Weltkonjunktur sprechen kann.

Die landwirtschaftlichen Lombardkredite in Polen. Die Anspruchnahme der landwirtschaftlichen Lombardkredite durch die einzelnen Banken bei der Bank Polski betrug am 1. Oktober dieses Jahres 16 Millionen Zloty, gegenüber 9,5 Millionen Zloty in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Der von der Bank Polski ausgewiesene Kreditumfang entspricht keineswegs der Gesamtsumme der von den polnischen Landwirten in Anspruch genommenen Lombardkredite. Die Kredite gegen Getreide werden bekanntlich durch hierzu ermächtigte Banen gewährt, welche die Redisponierbarkeit bei der Bank Polski nur bei sehr starrem Bedarf von sich aus in Anspruch nehmen. EWD.

Die Marktlage im polnischen Metallwarenhandel. Im September waren die Umsätze in dem größten Teil der Eisenwarenbranche mittelmäßig; sie konnten auf dem Niveau der Vormonate gehalten werden. Im Handel mit Kanalisation- und Wasserrohren haben die Aufträge und die Umsätze etwas zugenommen. Die Preise blieben im Großhandel unverändert. Die Umsätze in Werkzeugmaschinen, Nähmaschinen und Fahrädern zurückgegangen. In der Automobilbranche ist ein weiterer Rückgang der Gesamtumsätze eingetreten. EWD.

Die vorläufigen Getreideausfuhrziffern für September. Das Warschauer Hauptamt für Statistik gibt bekannt, daß der polnische Getreideexport sich im Monat September dieses Jahres nach provisorischen Berechnungen folgendermaßen gestaltet hat: Ausgeführt wurden 743 Tonnen Weizen, 41.812 Tonnen Roggen, 19.938 Tonnen Gerste und 160 Tonnen Hafer. Im Vergleich zum Vormonat hat sich der Export von Roggen und Gerste erheblich erhöht, während die Weizen- und Haferausfuhr zurückgegangen ist. Die Ausfuhrziffern für August waren: 1411 Tonnen Weizen, 15.621 Tonnen Roggen, 3208 Tonnen Gerste und 842 Tonnen Hafer. EWD.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 16. Oktober auf 5,9244 Zloty festgestellt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6% der Lombard- satz 7%.

Der Zloty am 14. Oktober. Danzig: Überweisung 57,54 bis 57,66, Berlin: Überweisung 46,80–47,20, Wien: Überweisung 79,25, Prag: Überweisung 383,00, Zürich: Überweisung 58,00, London: Überweisung 28,12.

Warschauer Börse vom 14. Oktober. Umtausch, Verkauf — Raut. Belgien 124,25, 124,56 — 123,94, Belgrad — Budapest —, Bułary —, Danzig 173,40, 173,83 — 172,97, Helsinki —, Spanien —, Holland 359,65, 360,55 — 358,75, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 28,15, 28,29 — 28,01, New York 6,14, 6,17 — 6,11, Oslo 141,60, 142,30 — 140,90, Paris 34,92, 35,01 — 34,83, Prag 26,48, 26,54 — 26,42, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,75, 173,18 — 172,32, Wien —, Italien 47,00, 47,23 — 46,77.

Berlin, 14. Oktober. Umtausch, Verkauf — Raut. New York 2,882—2,888, London 13,16—13,20, Holland 16,13—16,47, Norwegen 66,13 bis 66,27, Schweden 67,88—68,02, Belgien 58,34—58,46, Italien 22,10 bis 22,14, Frankreich 16,415—16,455, Schweiz 81,19—81,35, Prag 12,44 bis 12,46, Wien 48,05—48,15, Danzig 81,67—81,83, Warschau 47,00—47,20.

Zürcher Börse vom 14. Oktober. (Amtlich) Warshaw 58,00, Paris 20,21%, London 16,21, New York 3,55, Brüssel 71,95, London 13,16—13,20, Holland 16,13—16,47, Norwegen 66,13 bis 66,27, Schweden 67,88—68,02, Belgien 58,34—58,46, Italien 22,10 bis 22,14, Frankreich 16,415—16,455, Schweiz 81,19—81,35, Prag 12,44 bis 12,46, Wien 48,05—48,15, Danzig 81,67—81,83, Warschau 47,00—47,20, 12,47—12,48.

Paris vom 14. Oktober. (Amtlich) Warshaw 58,00, Paris 20,21%, London 16,21, New York 3,55, Brüssel 71,95, London 13,16—13,20, Holland 16,13—16,47, Norwegen 66,13 bis 66,27, Schweden 67,88—68,02, Belgien 58,34—58,46, Italien 22,10 bis 22,14, Frankreich 16,415—16,455, Schweiz 81,19—81,35, Prag 12,44 bis 12,46, Wien 48,05—48,15, Danzig 81,67—81,83, Warschau 47,00—47,20, 12,47—12,48.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 6,00 Zl., do. n. l. Scheine — Zl., 1 Pf. Sterling 27,86 Zl., 1 Schweizer Franken 172,07 Zl., 100 franz. Franken 34,78 Zl., 100 deutsche Mark 2

Bromberg, Dienstag den 17. Oktober 1933.

Pommerellen.

16. Oktober.

Graudenz (Grudziadz).

ine Verhandlung wegen versuchten Totschlags

am Freitag vor dem hiesigen Bezirksgericht statt. Angeklagt war der Verwalter des Gutes Gr. Płochotów (Płochocin), Kreis Schlesien, Franciszek Hetmanowski. Außer ihm hatte sich der Feldmärtär Władysław Baczewski wegen illegalen Waffenbesitzes zu rechtfertigen.

Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Am 25. Januar trafen Hetmanowski und Baczewski bei einem Revisionsgange im Walde des Gutes Gr. Płochotów einige Deute an, die mit dem Sammeln von Holz beschäftigt waren. Nachdem Hetmanowski dieser Personen anstichtig geworden war, nahm er von der Schulter das mitgeführte Gewehr militärischen Systems und schoss. Eine der Kugeln traf den Arbeiter Władysław Bieliński und verlebte ihn schwer im Rücken und an der rechten Seite. Trotz der erheblichen Verwundungen vermochte Bieliński am Leben erhalten zu werden. Das Gericht verurteilte nach durchgeföhrter Verhandlung den Angeklagten Hetmanowski wegen versuchten Totschlags zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren. Außerdem erhielt er wegen unbefugten Waffenbesitzes eine Woche Arrest. Dem Mitangellagten Baczewski wurde, da er auch unberechtigt eine Waffe nebst Munition bei sich geführt hatte, ebenfalls eine einwöchige Arreststrafe auferlegt.

Das finanzielle Ergebnis der Feuerwehrwoche stellt sich wie folgt dar: Die Einnahme belief sich auf 627,97, die Ausgabe auf 876,66, so daß ein Überschuss von 251,81 Zloty verblieb. Von diesem Betrage sind 50 Prozent, d. h. 125,66 Zloty an den Bezirksverband der Feuerwehren abzuführen; die hiesige Wehr erhielt somit einen Betrag von 125,66 Zloty.

Auf der 1. Polnischen Bäckerei-Ausstellung in Warschau (Warszawa) haben aus Pommerellen auch Graudenser Aussteller Auszeichnungen erhalten, u. a. Obermeister J. Bajakowski und Ign. Józefowicz die goldene Medaille, W. Nogowski, R. Fabiński und W. Wiśniewski die silberne und K. Kieliba die bronzenen Medaillen. Außer Graudenser Ausstellern erhielten zwei Firmen aus Culm und eine Firma aus Dirschau Prämien.

Eine Kreistagsitzung findet am 25. Oktober d. J., vormittags 11 Uhr, im Starostwo statt. Die Tagesordnung enthält außer Wahlen u. a. die Verwaltungs- und Rechnungsberichterstattung für das Statthalterjahr 1932/33, die Berichte über die Kreisunternehmen (Elektrische Zentrale, Kreisbaumschule, Krankenhaus in Lęzien), die Beschlusssatzung über die Einrichtung eines Ambulatoriums beim Kreiskrankenhaus in Lęzien, die Festsetzung der Kommunalabzüge zu den staatlichen Steuern, die Beschlusssatzung über ein neues Hundesteuerstatut, sowie die Kenntnisnahme von zwei Schreiben und eines Dekrets des pommerellischen Wojewoden betr. das Budget für 1933/34 bzw. die Bestätigung des Statuts über die Steuer vom Jagdrecht.

Nichtswürdige Buben haben es über sich gebracht, in der Nacht zum letzten Freitag in der Herzfeldstraße (Herzfelda) einige der dort (nahe der Goetheschule) zur Freude der Bewohner und zur Zierde der Straße gepflanzte Bäume abzubrechen. Nach den abschulichen Freilern wird polizeiliches eifrig geforscht.

Bestohlen wurde um 2 Minuten mit Schmalz im Werte von 125 Zloty Józef Bernstein, Tušherdam (Tušewskie Grobla) 22, um Kohlen im Werte von 20 Zloty Wanda Ulatowska, Unterthornerstraße (Toruńska) 5, sowie um einen Sack Roggen während der Fahrt nach Graudenz Władysław Mękowski aus Engelsburg (Pozkrywno), Kreis Graudenz.

Gefundene Gegenstände. In der Zeit vom 1. September bis zum 30. September d. J. sind auf dem hiesigen Amt für öffentliche Ordnung und Sicherheit folgende Gegenstände als gefunden abgeliefert worden: ein Damenschal, eine Brille, eine Brosche, ein Hut und ein Portemonnaie. Außer diesen Sachen befindet sich auf dem genannten Amt noch eine Menge früher gefundener und ebenfalls abgegebener Gegenstände, die bisher nicht abgeholt worden sind. Sie können von den Eigentümern nach glaubhaftem Nachweis ihres Besitzrechtes auf dem Rathause, Zimmer Nr. 218, in Empfang genommen werden.

Der Sonnabend-Markt ließ wenig zu wünschen übrig, denn des Herbstes Segen war auf allen Marktplätzen zur Genüge vertreten. Nur die Kauflust war nicht besonders groß. Man kaufte Mutter morgens für 1,50–1,60, später für 1,30–1,40, Eier kosteten 1,40–1,50, Glühflocken 0,10, Stücke 0,40–0,50, Eisschälerei 1,30–1,40, Weintrauben 0,50–0,60, Äpfel 0,15–0,40, Birnen 0,20–0,40, Pfirsichen 0,40–0,50, Tomaten 0,15–0,20, grüne Tomaten 0,10, Zitronen 0,15–0,20; Weißkohl der Bentner 1,50–1,80, das Pfund 0,08, Rotkohl 0,05–0,08, Blumenkohl 0,10–0,60, Rosenkohl 0,25–0,30, Spinat 0,20, Mohrrüben 0,07–0,10, Rote Rüben 0,10, Brüken 0,10, Zwiebeln 0,10, Grünzeug das Bündchen 0,10, Kartoffeln der Bentner 2–2,50; Gänse 3,50–6,00, Enten 2–4,00, Puten 3,50–5,00, Hähnchen 2,00–3,50, junge Hähnchen 0,80–1,80, Tauben das Paar 0,90–1,00, Rebhühner Stück 0,80, Wildenten 1,80–2,00. Der Fischmarkt brachte Bander zu 1,80, Aale 0,80–1,60, Hechte 0,90, große Karauschen 0,80, kleine 0,40–0,60, Bresen 0,50–0,80, Plaće 0,25–0,40. Trotz dieser niedrigen Fischpreise war die Nachfrage gering. An den Blumentischen kaufte man Chrysanthemen in Töpfen für 0,60–1,00, in Sträuschen 0,10–0,20, Rosen Stück 0,25–0,30, Dahlien Stiel 0,10, Primeln und Alpenveilchen 0,80–1,50.

Thorn (Toruń).

Die Dampfsähre über die Weichsel verkehrte der vorherigen Jahreszeit wegen jetzt nur noch bis 9 Uhr abends.

Die städtische Straßenreinigungsverwaltung stieg im 3. Vierteljahr 1933 an Haushmüll 4424 Kubikmeter und an Straßenmüll 3334 Kubikmeter abfahren, ferner auf spezielle Anforderung noch 578 Kubikmeter. In demselben Zeitraum wurden 699 000 Quadratmeter Straßen und Plätze gereinigt und dabei 8839 Kubikmeter Wasser verbraucht. Zur Beerdigung von Gemeindearmen wurde außerdem in 15 Fällen der Leichenwagen gestellt.

Brandstatistik. In der Zeit vom 1. Juli bis 30. September d. J. wurde die Thorner Feuerwehr 15 Mal zu Bränden alarmiert. Es ereigneten sich ein Großfeuer (in Stenken bei Thorn), 2 mittlere und 10 kleine Brände, sowie 2 Schornsteinbrände. Hilfeleistung gewährte die Feuerwehr in 2 Fällen von Wasserröhrenbrüchen und in drei anderen Fällen. Durch böswilligen Alarm wurde die Wehr einmal grundlos alarmiert und erfolgten in 17 Fällen Übungsalarme. In 4 Fällen wurden Revisionen auf Brandgefahr und Sicherheit in den hiesigen Kinos vorgenommen, in 95 Fällen Theater-Brandwachen und 11 Mal andere Sicherheitswachen gestellt. Desinfektionen von Wohn- und anderen Räumen wurden 49 Mal, von mechanischen Fleischfahrgästen 38 Mal ausgeführt.

tz. Konitz (Chojnice), 14. Oktober. Einbrecher drangen in Frankenhausen nach dem Ausbrechen der eisernen Fensterläden in die Speisekammer des Gutsbesitzers Piorek und stahlen größere Mengen Lebensmittel.

Der heutige Wochenmarkt brachte Butter zu 1,60 bis 1,80, Eier zu 1,50–1,70, Ferkel zu 20–26 Zloty.

Bandsburg (Wieckow), 15. Oktober. Einem nicht gesindem Schreck erlitten in den Morgenstunden des Sonnabends die dienstuenden Beamten des hiesigen Postamtes, als plötzlich die Scheiben des großen Mittelfensters in Scherben gingen, und die erschrockenen Beamten die Deckel und Pferde eines schen gewordenen Gespannes im Fenster erblickten. Der Anprall war so mächtig, daß die starke Fenstergitterung verbogen wurde.

Ein Feuer vernichtete in den Morgenstunden des Sonnabends im nahen Wielle, Kreis Wirsitz, das Anwesen eines dortigen Landwirts.

Im Wege der öffentlichen und mündlichen Versteigerung findet am Montag, dem 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kwasigroch in Groß-Lößberg die Verpachtung der Gemeindejagd (1. und 2. Bezirk) der Gemeinde Groß-Lößburg auf die Dauer von 6 Jahren statt.

Unter den Schweinebeständen der Besitzer R. Giese in Rostoki, Dr. Gerth in Waldau und auf den Gütern Komierowo und Borowno ist amtlich der Rottaus festgestellt worden.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Ein Bettler und seine Frauen.

Einer Meldung aus Wilna zufolge ist bei der dortigen Polizei eine Beschwerde von 60 Kaufleuten der Niemeckastraße gegen einen Berufsbettler eingelaufen, der unter dem Namen des „Wilnaer Rasputin“ allen Einwohnern der Stadt bekannt ist. Dieser Bettler hat eine ganze Anzahl Frauen, die ihm beim Betteln helfen. „Rasputin“ führt zusammen mit diesen Frauen eine regelrechte Begegarung der einzelnen Stadtteile durch, besonders jedoch der Gegend um den Bahnhof. Seine „Frauen“ sind dermaßen aufdringlich, daß man sie nicht abschütteln kann. Letzten feste sich „Rasputin“ mit seinen Weibern in der Niemeckastraße fest, wo er täglich von 11 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags „arbeitet“. Er tut dies mit einer solchen Gründlichkeit, daß viele Personen es vorziehen, die Niemeckastraße nicht zu betreten, was sich auf die Geschäfte der dort wohnenden Kaufleute natürlich in hohem Maße ungünstig auswirkt. Die Polizei veranstaltete nach Erhalt der obigen Beschwerde eine Streife, in deren Ergebnis eine ganze Reihe von Personen festgenommen wurde. „Rasputin“ ist indessen am nächsten Tage wieder aufgetaucht.

Alexandrowo, 15. Oktober. Dem 19jährigen Stanisław Kołtunski-Piotrków wurden in der Nähe des Dorfes Józefów von unermittelten Wohldieben durch einen Revolverschuß der Ober- und Unterliefer zerstört. Passanten benachrichtigten die Polizei, die den Verletzten in das Krankenhaus in Piotrków brachte.

Die 11jährige Kasimiera Krzywonos begrub ihr uneheliches Kind unter einem Kreuzifix im Walde in der Nähe von Lubanie. Die Mutter wurde verhaftet, da man annimmt, daß sie ihr Kind getötet hat.

Ciechocinek, 15. Oktober. Während des Abläßfestes in Raciążek entstand unter den jungen Burschen eine große Schlägerei. Dabei wurde ein angeblich Unbeteiligter durch einen Bauchschlag schwer verletzt. Es wurden etliche der Raubholde zwangsgestellt.

Gestern brannten die Scheune und der Stall des Besitzers Kuraczek in Turzno ab. Das Feuer entstand durch unachtsam fortgeworfene Zigarettenstummel. Der Schaden ist groß, da die ganze diesjährige Ernte ein Opfer des Feuers geworden ist.

Nieschawa, 15. Oktober. Der Besitzer Stanisław Czakowski im Dorfe Przypust wollte den allgemeinen Geldmangel lindern und fabrizierte selbst fünf Zlotymünzen. Die Polizei veranstaltete eine gründliche Haussuchung und förderte etliche Fünf-Zlotystücke, die Cz. hergestellt hatte, zu Tage, desgleichen Formen, Material und Werkzeuge.

Moskau — Lollo.
Weitere Verschärfung des Konflikts.

Moskau, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Veröffentlichung der japanischen Geheimdokumente durch die Sowjetregierung hat eine weitere Verschärfung des Konflikts zwischen Moskau und Tokio zur Folge gehabt. Nach in Moskaner diplomatischen Kreisen umherschweifenden Gerüchten hat der japanische Botschafter in Mos-

kon aus Tokio Instruktionen erhalten, nach denen er in den nächsten Tagen im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheit den schärfsten Protest mit der Betonung einlegen solle, daß Japan seine Vermittlung bei dem Verkauf der Ostchinesischen Eisenbahn zurückziehen werde, sofern es nicht eine ausreichende Erklärung über die geheimer Dokumente von sowjetrussischer Seite erhält.

Einer Meldung der Havas-Agentur aus Charbin folge, haben Reisende der Transsibirischen Eisenbahn gezählt, daß sie alle 45 Minuten

Sowjetzüge mit Militär

gesehen hätten, die in östlicher Richtung an ihnen vorbeigefahren wären. Sodann wird gemeldet, daß in der Nähe von Sialar Truppen der Republik Mandchukuo zusammengezogen werden.

Der Handelsverkehr in Charbin ist vollkommen erstorben, da die Bankiers und Geschäftleute eine Klärung der unsicheren Lage abwarten. Der sowjetrussische Generalkonsul hat zum fünften Mal bei dem Außenministerium der Republik vergeblich interveniert. Er fordert die Freilassung der verhafteten sowjetrussischen Beamten der Ostchinesischen Eisenbahn.

Ferner liegt aus Chabarowsk eine Meldung vor, nach welcher neuerdings wiederum sowjetrussische Eisenbahnbeamte von mandchurischen Behörden verhaftet worden sind. Nach Ansicht der Sowjetkreise zielt eine derartige politische Aktion darauf ab, die ganze Eisenbahnverwaltung in diesem Abschnitt vollkommen in die Hände von Vertretern der Mandchurei zu legen.

Japanische Zustimmung.

Tokio, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der japanische Kriegsminister Araki erklärte Pressevertretern, daß Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund als großes politisches Ereignis nicht nur in Europa, sondern auch im Fernen Osten gewertet wird, da hier über die Tätigkeit des Völkerbundes dieselbe Auffassung wie in Deutschland herrsche. Der Völkerbund habe versagt und sei keinerlei Aufgaben mehr gewachsen, die dem Frieden dienen könnten.

In einer Pressebesprechung des Marineministeriums wurde darauf hingewiesen, daß nach dem Ausscheiden Japans der Völkerbund seine Weltgeltung verloren habe und nur noch eine Vereinigung der Nationen Europas gewesen sei. Heute, nach dem Ausscheiden Deutschlands, habe er auch diese Bedeutung verloren.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, den 11. Oktober.

Deutschlandsender.

06.35: Frühstück. 09.00: Schulfunk: Chret das Handwerk. 09.45: Kindergräfin. 10.10: Der junge Schubert. 12.00 ca.: Schallplatten. 14.00: Meister ihres Fachs (Schallplatten). 15.00: Kinderkunde. 15.45: Das Kaiserbuch von Paul Ernst. 16.00: Konzert. 17.00: „Angenehme“ Zeitgenossen. Gespräche mit Menschen, die wir nicht (immer) gern haben. 17.25: Romantische und virtuose Violinmusik. 18.05: Was uns bewegt. 18.30: Deutsche für Deutsche. 19.00: Stunde der Nation. Von Hamburg: Konzert aus dem Bremer Dom. 20.00: Kernspruch. 20.05: Nordlandmänner. Eine Hörsitzung aus Knut Hamsuns Werk von Helmuth Unger. 21.10: Unterhaltungskonzert. 22.00: Nachrichten, Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00–24.00: Von München: Nachtmusik. Breslau-Gleiwitz.

06.35: Konzert. 10.10: Schulfunk. 12.00: Konzert. 14.40: Schallplatten. 16.10: Konzert. 17.35: Quartett. 18.05: Denkmäler deutscher Tonkunst. Klingler-Quartett. 19.00: Stunde der Nation. Von Hamburg: Konzert im Dom zu Bremen. 20.10: Wir fahren ins Land – fröhliche Nachtsicht. 22.00: Österreich. 22.20: Nachrichten. 22.25: Tanzmusik. Königsberg-Danzig.

06.35: Konzert. 09.05: Schulfunkstunde. 11.05: Fischereifunk. 11.30: Konzert. 12.00: Schallplatten. 15.30: Kinderkunst. 16.00: Konzert. 17.30: Elternstunde. 18.25: Volksfamilie Lieber. 19.00: Stunde der Nation. Von Hamburg: Konzert im Dom zu Bremen. 20.00: Von Leipzig: Musik um 1818. 22.00: Nachrichten. 22.20 bis 24.00: Tanzabend.

Zwickau. 06.35: Konzert. 10.45: Für die Hausfrau. 12.00: Konzert. 14.40: Petri Heil! 15.15: Alte Salzstraßen, moderne Autobahnen. 16.00: Jugendnachmittag. 18.00: Bücherstunde. 18.30: Gegenwartslieder. 19.00: Siehe Deutschlandsender. 20.00: Musik um 1818. 23.00: Konzert.

Warschau. 12.05: Tanzmusik. 12.35–13.00: Tanzmusik. 15.40: Schallplatten. 16.55: Solistenkonzert. 18.20: Konzert. 20.00: Konzert. Gitarrenorchester und Adam Wysocki, Gesang. 21.15: Klaviervortrag. Heinrich Szostopal. 22.10: Tanzmusik. 23.05: Tanzmusik.

Graudenz.

Musik-Unterricht erteilt Karl-Julius Meissner, Mietkiewica 29.

Suche von sofort 7278

3.-3.-Bühnung

u. Bierdestall, evtl. auch ohne Nähe Schlachth. und Bahnhof. Ges. Angebote an. Herb. Mundt, Droga Łąkowa 19.

Heute früh 7/8, Uhr verschoben plötzlich uner herzenguter Vater. Groß- und Ur-

großvater, Herr Grudziadz, den 14. Oktober 1933.

Die Beerdigung findet am 17. d. Mts., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kolonie-Friedhofes aus statt.

7308

Obstbäume

erstklassige Ware aller Arten in besten Sorten.

Thomas French Grudziadz. 7307

Sorten- und Preisliste umsonst.

Thorn.

Welt, evgl. Mädch. Juch. Stell. f. Jämtl. Hausarb. vor. Jof. od. spät. Ang. u. R. 1557 an Ann. Exp. Wallis, Toruń, erb. 7243

Raupe Gold und Silber Hoffmann, Goldschmiede meister. Bielars 12. 7

Rasse und Erziehung.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, den 13. Oktober 1933.

Nachdem am Nachmittage Max Halbe aus seinem Werk „Scholle und Schickl“ unter lebhaftem Beifall der riesigen Zuschauermenge gelesen hatte, fand die 13. Deutschkundliche Woche am Abend im überfüllten großen Schützenhaussaal mit einem Kongress der Erzieher ihren Abschluß. Der Abend trug festlichen Charakter. Die SA-Kapelle spielte. Dann erfolgte der feierliche Einzug neuer Fahnen des nationalsozialistischen Lehrerbundes, die bei diesem Anlaß geweiht werden sollten. Nachdem die Fahnen entrollt waren, ergriff Kultusenator Boeck das Wort zu einem ergreifenden Nachruf für den im Dienste der Bewegung als Fliegerstabsfelslieger gefallenen Studienrat Dr. Höh. Zu seinen Ehren und zu seinem Gedächtnis weinte er die erste Fahne. Ehre und Pflicht und die Bereitschaft, das höchste Opfer für sie zu bringen, seien die Leitsterne des Lebens von Dr. Höh gewesen. Sein Vorbild solle uns allen voranleuchten.

Nachdem auch die andern Fahnen von Kultusenator Boeck geweiht worden waren, erteilte er dem Redner des Abends das Wort zu einem Vortrage über

Rasse und Erziehung.

Der Braunschweiger Stadtrat und nunmehrige Referent im Preußischen Kultusministerium, Professor Dr. Benze, behandelte in einem umfassenden Überblick die großen Erziehungsprobleme, die heute das deutsche Volk bewegen. In einer starken persönlichen Prägung behandelte er von seinem Standpunkt aus vor allem die Fragen der höheren Schulen. Der Vortragende führte u. a. aus:

Wäre die nationale Erhebung, von der immer gesprochen werde, wirklich nur eine nationale Erhebung gewesen, dann hätte es des Nationalsozialismus nicht bedurft; denn eine nationale Erhebung hätten auch die älteren nationalen Parteien gewollt. Die Erhebung sei eine nationalsozialistische, eine nationalsozialistische Revolution, die eine Schicksalswende für unser Volk gebracht habe und, so Gott wolle, für das ganze Abendland bedeuten werde. Die Schuld an dem rasenden Abstieg des deutschen Volkes trage der aus der französischen Revolution geborene Liberalismus, aus dessen Lehrboden schließlich auch Pazifismus, Kosmopolitismus und ähnliche trübe Erscheinungen hervorgegangen seien. Der Liberalismus wollte aus jedem einzelnen einen hochgeistigen Menschen machen, einen Menschen formen, aber nicht den deutschen. Er suchte ihn loszulösen vom Boden und in Höhen zu führen, um die Natur zu besiegen. Das liberale Erziehungssystem sei eine Überhöhung des bloßen Verstandes. Es habe wohl hohe geistige Fortschritte gebracht, aber auf der andern Seite ein Verkümmern des Körpers und der Geistigkeit. Der Liberalismus zeigte eine blutleere Gelehrsamkeit, die keine Verbindung mehr mit dem Leben hatte. Mit Recht sei einmal gesagt worden, der geistigen Schicht seien die Körper am Schreibtisch verfault. Nach der letzten Schulreform von 1924 mit ihren fast 40 Fächern habe nur der geistige Drill gedielt, aber nicht der wirkliche Bildung. Der Redner schilderte dann, wie unter diesem System die deutsche Volksgemeinschaft zerfallen sei und überall Kultur und Zivilisation verwechselt wurden, so daß Oswald Spengler zu seiner Prophesie des Untergangs des Abendlandes kommen könnte. Diesem Pessimismus sehe die nationalsozialistische Bewegung bewußt ihren Optimismus entgegen. Sie steige zu den tiefsten Stellen des völkischen Lebens herab und hoffe dadurch den Untergang des Abendlandes abzuwenden. Der liberalen Lehre von der Gleichheit der Menschen stellen wir die Wissenschaft von der Rassikunde und Vererbungslehre entgegen. Der liberalen Ausschauung von der gemeinsamen Kultur stellen wir den Satz entgegen, daß jedes Volk sich seine eigene, ihm wesensverwandte Kultur aus dem Dreiklang Körper, Seele und Geist zu gestalten hat. Wir wissen, welch furchtbare Folgen die Rassenvermischungen gezeigt haben. Indien, Perien, Rom sind an der Rassenvermischung zugrunde gegangen. Und wenn man früher sagte ex oriente lux, so gilt für die deutsche Kultur das Wort ex oriente mors, aus dem Orient kommt uns der Tod.

Die Erziehung müsse gestaltet werden im Sinne des völkischen Gedankens, sie müsse gleichmäßig auf Körper, Seele und Geist gerichtet sein. Vieles müsse geändert werden von Grund auf. Es gehe künftig nicht an, daß hohe körperliche Fähigkeiten keinen Ausdruck geben bei Verbesserungen. Die braven Kinder, die in Betragen und Aufmerksamkeit die Note 1 haben, sind nicht immer die besten. Es sei zu prüfen, ob nicht hinter der Störlosigkeit manches Jungen vielleicht eine Führereigenschaft stecke. Die bisherigen geistigen Überanforderungen an die Kinder hätten zur Unoffenheit und Unehrlichkeit geführt, die sich dann als Schaden des Charakters über die Schule hinaus ins Leben fortgesetzt habe. Hochwertige Charaktereigenschaften seien bei Beurteilung des Schülers als ausschlaggebend mit zu berücksichtigen; denn für die künftige Auslese seien die Charaktereigenschaften von entscheidender Bedeutung. Es ist Pflicht, unsere Jugend hinauszuschicken in die Natur zur freien Betätigung, zur Verwurzelung mit dem Boden, mit der Natur. Die Schule darf das nicht nur den Jugendlichen überlassen. Deshalb muß eine Entlastung der Jugend vor allem in der Überbürgung, mit häuslichen Arbeiten eintreten. Unsere Jugend ist im Grunde gesund und soll und will es bleiben. Darum hinaus in die Gemeinschaftslager und in die Natur! Wenn heute von einem 9. Schuljahr gesprochen wird, so ist nicht an ein neues Unterrichtsjahr gedacht, sondern dieses 9. Jahr ist als Landjahr gedacht, im Landheim oder beim Bauern, damit die Jugend mit der Natur verwächst, und die Verbindung mit dem Volkstum wieder erlebt. Vererbungslehre und Rassikunde müssen das Rückgrat der neuen Erziehung sein. Aber wir wollen nun nicht wieder die Erkenntnisse und Lehren daraus aufstellen in einzelne Fächer, diese Lehre soll nicht Fach bleiben, sondern soll Unterrichtsgrundlage werden. In der Geschichte ist nicht mehr mit der Antike anzufangen, sondern mit dem Germanentum. Und wenn im weiteren Verlauf des Geschichtsunterrichts die römische behandelt wird, so darf sie es nur von dem deutschen Gesichtspunkt aus. Die Jungen müssen erkennen, woran Rom zugrunde ging und begreifen, so geht es uns auch, wenn wir nicht rechtzeitig den Verfallserscheinungen begegnen. In der deutschen Literatur soll gezeigt werden, wie das deutsche Volk darum gekämpft hat,

sein Wesen zu gestalten. Wie umfangreich ist noch der Bildungsstoff der fremden Sprachen. Bei der Auswahl der fremden Sprachen haben die uns wesensverwandten den Vorzug. Als erstes fremdsprachliches Fach kommt daher das Englische in Frage. Alle deutschen Schulen haben ihr Gesicht zu erhalten durch die deutschen Stoffe. Stürmischen Beifall erntete der Vortragende, als er sagte, wichtiger als eine Überladung der Jugend mit Musikkritiken sei ein fröhliches Singen. Zur Erhaltung unserer Kultur seien die alten Sprachen nicht unbedingt notwendig, wie vielfach behauptet werde; wenn sie natürlich auch nicht ganz entbehrt werden können. Vom Geiste Platons habe die Jugend mehr aus einer guten Übersetzung, als über den holprigen Weg des Griechischen. Aus der Berührung der Schultypen müssen wir zu höchstens 2 oder 3 Schulformeln kommen. Die Hauptschulart wird etwa der deutschen Oberschule zu entsprechen haben.

Es muß möglich gemacht werden, daß ein Schüler, der für irgend ein Fach gar nicht begabt ist, von diesem befreit wird, damit er vielleicht in einem anderen etwas Hervorragendes leisten könne. Nur eine Befreiung von deutschkundlichen Stoffen könnte nie in Frage kommen. Auch damit müsse außer Acht gelassen werden, daß die Mädchenschulen nur ein Abklatsch der Knabenanstalten seien. Die Mädchengestaltung habe davon auszugehen, daß die Frau einst die Hüterin der deutschen Seele sein werde. Die gesamte deutsche Jugend muß aus ihrer Erziehung erkennen, daß sie nur ein Glied in der unendlichen Kette der Generationen von grauer Vergangenheit her bis in ferne Zukunft ist, und daß es von ihr abhängt, wie lange diese Geschlechterfolge fortbesteht.

Der Vortragende behandelte dann eingehend die Aufgaben der Lehrerschaft beim Aufbau der neuen Erziehung. Der Lehrer müsse auch körperlich seinen Schülern ein Vorbild sein. Wollen wir zur Erneuerung des deutschen Volkes kommen, so müssen wir fort von der rein geisteswissenschaftlichen Schule und hin zu einer Schule, die auf Blut und Boden erwächst. Es handelt sich nicht um ein Umdenken, sondern wirklich um ein Neugeborenwerden. Stürmischer Beifall dankte dem Vortragenden für seine Ausführungen.

Hierauf ergriff Kultusenator Boeck das Wort zu einer Schlusssprache, in der er allen Referenten, allen Mitarbeitern, allen, die die Woche unterstützt hätten, und allen Teilnehmern dankte. Diese Deutschkundliche Woche sei keine Woche im üblichen Sinne, sondern ein Erlebnis gewesen. Der Kultusenator wandte sich dann mit herzlichen Worten an die Lehrer und Lehrerinnen, denen er sagte, daß er bewußt die drei Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung in dieser Deutschkundlichen Woche herausgestellt habe: Rasse — Kultur — Erziehung. Nun läge es an ihnen, nachdem sie diese Grundfragen kennen gelernt hätten, auf dieser Basis die Arbeit in Angriff zu nehmen und diesen Geist hinauszutragen in die Schule und in unsere Jugend. Geradezu niederschmetternd sei gewesen, was die nationalsozialistische Regierung auf dem Erziehungsgebiet vorgesetzte habe. Nicht nur im Lehrervereinseinswesen, sondern auch in der Regierung. Er hoffe, und glaube, daß Danzigs Lehrer und Lehrerinnen nicht aus Neugierde gekommen seien, und daß sie während dieser Woche die Überzeugung gewonnen hätten, daß nur noch der Nationalsozialismus das Deutschland retten könne. Mit diesem Vertrauen trete er ihnen entgegen, in der Erwartung, daß sie als Kollegen und in Kameradschaft mit ihm beim Aufbau der neuen Schule zusammen arbeiten würden. Denn diese neue Schule — von der Hochschule bis zur Grundschule — könne nicht verordnet werden, sondern solle in gemeinsamer Arbeit, ohne Unterschied von Rang und Stand erstehen. „Die neue Schule, die wir hier aufzubauen wollen, erwächst aus der Liebe zu unserer Jugend, die Deutschlands Zukunft ist. Wir Eltern wollen der Jugend Kameraden, Freunde und Führer sein, und wir sind dazu als Lehrer und Erzieher berufen. So wie wir uns im Felde nach einer Niederlage aufrästen zu neuen Kämpfen, so wollen wir nach der großen Niederlage, die die marxistisch-zentrale Regierung dem deutschen Volke bereitet hat, den Kampf führen gegen alles Fremde, damit Deutschland leben kann. Was General Litzmann mit seinen 86 Jahren kann, werden wohl auch noch Lehrer mit 46 Jahren zu Wege bringen. In diesem Geiste werden wir das Werk, das wir zu schaffen haben, meistern. Ich weiß wohl, daß auch noch hier und dort Widersprüche vorliegen, offene oder versteckte, sie sind aber so minimal, daß wir

Ausstellung Thorner Altertümer.

XI.

Die Beziehungen des mittelalterlichen Thorn zu den damals wichtigsten ausländischen Handelszentren werden durch verschiedene Briefe dokumentiert. Thorn war damals Mitglied der Hanse, dieser gewaltigen Verbindung königlicher Kaufleute, und besaß Seegeltung. In dem Rat jener Handelsvereinigung ist Thorns Vertretung nicht ohne Bedeutung und Einfluß gewesen, denn wie wär's sonst zu erklären, daß der Thorner Bürgermeister Albrecht Russe im Auftrage der Hanse von 1396–98 Stadtkommandant von Stockholm gewesen ist?

Kein Wunder, daß die stolze Thorner Bürgerschaft sich etwas darauf zugute tat, wenn ihre Vaterstadt die Königin an der Weichsel genannt wurde!

Die aus Westdeutschland stammenden Handelsbriefe jener Zeit sind in niederdeutscher, d. h. plattdeutscher Sprache geschrieben, und es ist interessant festzustellen, wie nahe beieinander damals noch das niederdeutsche Platt und das Holländische standen (Holland schied gleich der Schweiz erst 1648 aus dem Reichsverband). Selbst die polnische Königin Elisabeth, die Gemahlin Kazimirs Jagiellowiczy, schreibt um 1454 in Sachen ihres Mannes an den Rat der Stadt Thorn einen deutschen Brief, darin sie ihrem Gatten in lieblicher Traulichkeit schmeichelte —, ein Beweis für den gesunden, noch nicht blasiert angekränkelten Sinn ihrer Zeit. Sie schreibt deutsch, weil sie eine habsburgische Prinzessin war und als solche wohl nicht polnisch gekonnt haben wird.

Und dann die wertvollen königlichen Handelsprivilegien, die der Stadt Thorn in deutscher Sprache verliehen worden sind, mit den gewaltigen Siegeln in besonderen Schatzkästen!

In einem Glasschrank sind Fayencekrüge, Kannen und Schalen in Delster Manier, aus Thorner Häusern stammend, aufgestellt, ferner Kristalle, eine Tischuhr von 1720,

darüber zur Tagesordnung übergehen können. Ich nehme an, daß die Widerstreben selbst die Konsequenzen ziehen werden, wenn nicht, werde ich dann beitreten, daß es geht.

Der Kultusenator betonte, er glaube an die Mitarbeit der Lehrerschaft und schloß die Deutschkundliche Woche mit einem Sieg Heil auf den größten Erzieher des deutschen Volkes: Adolf Hitler.

Aufbau der völkischen Schule in Danzig. Änderung der Verfassung Technischen Hochschule.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Mit der Tatkräft und schnellen Entschlußfähigkeit, die kennzeichnend ist für die Arbeit der neuen Regierungen, fasste der Danziger Senat am 13. Oktober den Beschuß, Staatskommissare für die Volkss- und Mittelschulen auf der einen Seite und für höhere Berufs- und Fachschulen auf der anderen Seite einzusetzen. Außerdem wurde die bisherige Verfassung der Technischen Hochschule aufgehoben. Die Befugnisse der bisherigen Organe der Hochschule gehen auf einen „Führer der Hochschule“ über, zu dem Professor Dr. Pohlhausen mit sofortiger Wirkung bestellt wurde. Der Führer vertritt die Hochschule nach außen, entscheidet in allen Angelegenheiten der Hochschule selbstständig und ist allein dem Staat verantwortlich. Er ernennt nach dessen Zustimmung seinen Stellvertreter und seine Mitarbeiter. Als erste Aufgabe ist ihm von der Regierung gestellt worden den Entwurf einer neuen Verfassung der Hochschule auszuarbeiten, die Wahl und Selbstverwaltung des Lehrkörpers aufhebt und auch hier das Führerprinzip zur Grundlage macht.

Da auch auf diesem Gebiet Danzig dem Reich vorausgeht, wird der Person des Führers der Hochschule Danzigs besonderes Interesse entgegebracht. Professor Dr. Pohlhausen ist 43 Jahre alt, in Mittweida geboren, hat in Dresden die Dreikönigsschule besucht, in Göttingen studiert und war an der dortigen Universität am Lehrstuhl für Mathematik und Botanik als Assistent tätig. Der Weltkrieg sieht ihn als Kompanieführer im Felde. Bis zu seiner Berufung als Extraordinarius an der Rostocker Universität arbeitete er beim Luftschiffbau in Friedrichshafen. Seit 1926 hat er als Nachfolger des Geheimrats von Mangold den Lehrstuhl für Mathematik an der Technischen Hochschule in Danzig inne.

Die Bauernunruhen in Ostgalizien.

Von den drei Prozessen, die am vergangenen Montag gleichzeitig in Sambor, Tarnow und Rzeszow wegen der in verschiedenen Kreisen Ostgaliziens stattgefundenen Bauernunruhen begannen, wurde am Donnerstag der Prozeß vor dem Bezirksgericht in Tarnow beendet. Es handelte sich hier um 14 Angeklagte, die sich an den Ausschreitungen beteiligt hatten. Das Urteil lautete gegen 13 Angeklagte auf Gefängnisstrafen von 6 bis zu 10 Monaten. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Die Untersuchungshaft wurde sämtlichen Verurteilten angerechnet.

In der Begründung hob das Gericht hervor, daß die Bevölkerung aufgehetzt gewesen sei, und daß man größere Vorbereitungen für ein Vorgehen gegen die Behörde getroffen habe. Nicht wirtschaftliche, sondern politische Motive seien die Ursache dieser Bewegung gewesen. Die Regierungspresse schreibt die Schärfe dieser Unterarbeit unter den Bauern dieses Teilstaates der Polnischen Volkspartei zu.

Judenfeindliche Ausschreitungen vor Gericht.

Vor dem Appellationsgericht in Krakau fand eine Verhandlung hauptsächlich gegen Führer des nationalen Lagers wegen judenfeindlicher Ausschreitungen im Zywiec statt. Das Bezirksgericht in Wadowice hatte als Gericht der ersten Instanz 31 von 42 Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von insgesamt 260 Monaten verurteilt. Die größte Strafe, drei Jahre Gefängnis, erhielt der Bezirksvorsteher der Nationalen Partei, Professor Jerzy Ferens. Das Appellationsgericht bestätigte das Urteil der ersten Instanz in bezug auf 29 Angeklagte, dagegen wurde die Strafe für Ferens von 3 auf 2½ Jahre und für einen anderen Angeklagten von 9 auf 4 Monate herabgesetzt. Diesem letzteren wurde ferner ein Strafausschub für die Dauer von fünf Jahren zuerkannt.

Abraham Bill und eine Kupferschale von 1780. Als letztes seien hier noch 2 zepterartige Richterstäbe, schönes Kupfergeschirr von 1809, sowie Holzseifen, der einstigen Stadtapsel gehörig, erwähnt.

Diese hier zu schauenden Musikinstrumente wirken an sich zwar etwas lämmlich; aber tatsächlich ist es so gewesen, daß in Thorn die edle Musik sehr gepflegt worden ist. Kein Bericht über eine größere festliche Veranstaltung, darin nicht der Stadtpefeifer und Bläser gedacht wird. Diese Vorliebe für Instrumentalmusik hat z. B. dazu geführt, daß in der Altst. Evangelischen Kirche außer der großen und schönen Orgel noch eine besondere Kapelle bei den Gottesdiensten mitwirkte. Daß es einstmal so war, davon geben Zeugnis die beiden großen Kesselpanken, die heut noch zur Erinnerung an einstige Pracht auf der Emporenrückwand neben der Orgel in der altsächsischen evangelischen Kirche neuerdings wieder aufgestellt worden sind! Muß das ein Klingeln gewesen sein, mit der Orgel zugleich schöne Instrumentalmusik, und daß nicht nur ausnahmsweise, sondern bei den hohen Festtagen regelmäßig. Das war damals, als teure Künstler- und Löffelspielse Konzerte noch nicht Mode waren!

Auch diesen Saal schmücken 6 Ansichten von Thorn in farbenfrischer Malerei des Malers Carl Albert vom Jahre 1793: eine Ecke der Stadtmauer mit dem schiefen Turme, ein Panorama der Stadt von der Weichsel her, der Aufgang zur Weichselbrücke bei Meidany, das auf dem linken Stromufer lag, eine Uferpartie der Weichsel bei der Stadt, von Osten her gesehen, die Rute Słotterie bei der Drehenzmündung und zuletzt die Kirche St. Johann, heute Basilika genannt, mit nicht ganz einwandfreier Perspektive.

Diese hölzerne Weichselbrücke, die wohl seit 1422 bestanden hat, scheint ohne Geländer gebaut gewesen zu sein und war so eingerichtet, daß das Stück über der Hauptstromrinne geöffnet werden konnte, um die Segelschiffe mit ihren hohen Masten durchzulassen.